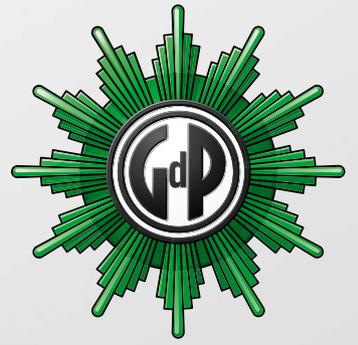


DP

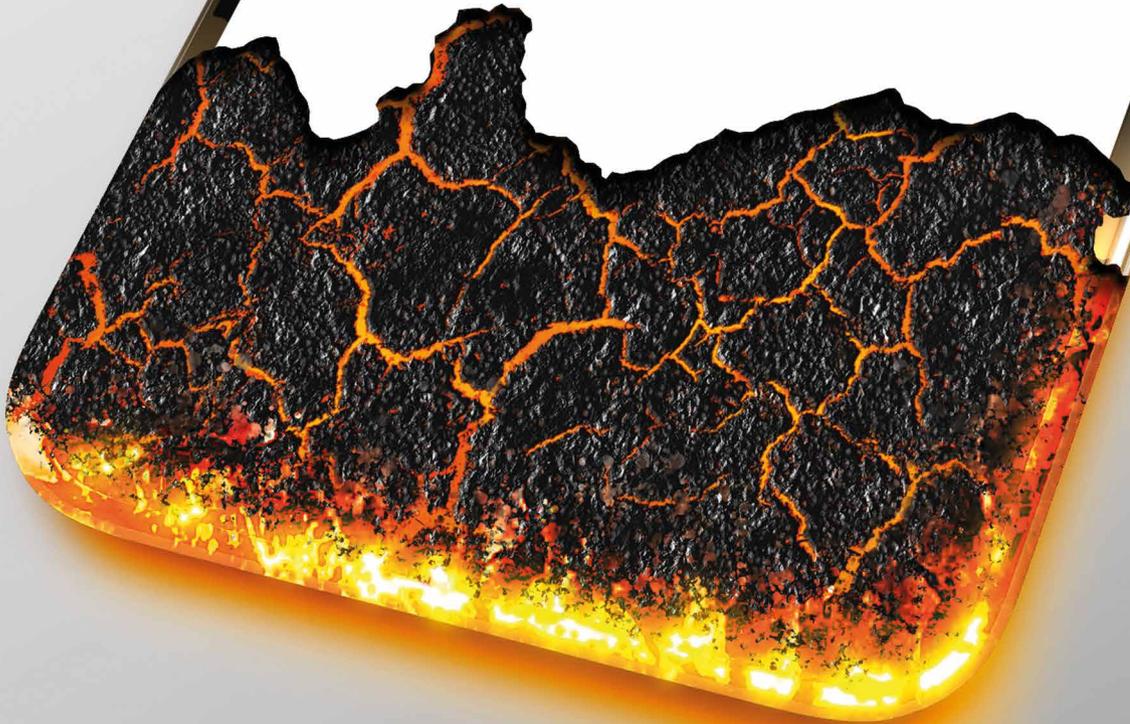
DEUTSCHE POLIZEI

03/21

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Extremismus
**Brandbeschleuniger
soziale Medien?**





POLIZEI

In Kooperation mit der
**Gewerkschaft
der Polizei
(GdP)**

Ihre Polizeiversicherung PVAG – Freund und Helfer von Anfang an.

Durch Ihre Karriere bei der Polizei werden Sie sich in Zukunft intensiv mit dem Thema Sicherheit beschäftigen. Damit Ihre persönliche Absicherung nicht zu kurz kommt, bieten wir Ihnen mit der PVAG, unserer Polizeiversicherung mit der GdP, maßgeschneiderte Absicherung, Vorsorge sowie eine kompetente Rundum-Beratung. Von Profis für Profis. Informieren Sie sich jetzt.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA
gut zu wissen



Inhalt

IN EIGENER SACHE

Kurz vor Redaktionsschluss hat die GdP in einem Brief an den Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, den baden-württembergischen Ressortchef Thomas Strobl, auf eine Lücke im Dienstunfallrecht für Polizistinnen und Polizisten hingewiesen und eine Anpassung des Beamtenversorgungsrechts angemahnt.

Im täglichen Dienst sei es Polizeibeamtinnen und -beamten häufig unmöglich, den pandemiebedingt erforderlichen Mindestabstand zu anderen Personen einzuhalten. Auch lasse sich der direkte Kontakt zu anderen Menschen im Polizeivollzug naturgemäß nicht verhindern, schrieb der stellvertretende Bundesvorsitzende Dietmar Schilff an den CDU-Politiker und verdeutlichte, dass sich in den vergangenen Monaten – leider bundesweit – Fälle häuften, in denen sich Kolleginnen und Kollegen im Polizeidienst mit SARS-CoV-2 infiziert hätten.

Anträge auf Anerkennung einer Infektion als Dienstunfall seien jedoch reihenweise abgelehnt worden. Die aktuelle Pandemie habe diese Lücke im Dienstunfall- und Beamtenversorgungsrecht des Bundes und der Länder zu vielen schmerzhaft vor Augen geführt.

Schilff: „Je höher aber das Risiko der Infektion, umso stärker muss die Fürsorge des Dienstherrn für seine Beamtinnen und Beamten sein, die sich in Ausübung ihres Dienstes in für die Gesundheit gefahrgeneigte Situationen begeben. Da der geltende Rechtsrahmen dieses Prinzip aber nicht berücksichtigt und sich aktuell keine zufriedenstellenden Möglichkeiten bieten, die Dienstunfallfürsorge nach einer Corona-Infektion zu gewährleisten, ist aus unserer Sicht eine Anpassung im Versorgungsrecht von Nöten.“

Die Gewerkschaft der Polizei appelliert daher, das Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) im Bund und in den Ländern – aufeinander abgestimmt – zu ändern – **siehe Kasten rechts.**

Michael Zielasko
DP-Chefredakteur

Titel

- 4 Krise gekapert
- 6 Angefacht

Innenleben

- 2 Tattoos, Besoldung und das Virus
- 2 Das geht auch digital
- 3 Bernd Becker neuer Bundesseniorenvize
- 18 Polizei erklären und nachvollziehbar machen
- 25 Karl Moll ist 70 Jahre in der GdP
- 26 Der schnelle Weg zu mehr Geld
- 36 Im Einsatz für andere

Hinterfragt

- 33 Sexuelle Gewalt unter Minderjährigen

Hingeschaut

- 12 Gute Führung in der Polizei
- 38 Startschuss zum Bewerbungsverfahren

Im Gespräch

- 9 Wir stehen zu dem, der Missstände aufzeigt und nicht zu dem, der sie verursacht
- 21 Ohne Polizei keine Freiheit
- 27 Fair und gerecht
- 30 Kommissar Computer
- 35 Sexueller Missbrauch ist kein ethnisches oder religiöses Problem, sondern ein menschliches

Hilfreich

- 32 GdP-Plus – Eine starke Partnerschaft für Euch!

Kommentiert

- 29 Section Control wirkt

Gesehen

- 40 Die Wache

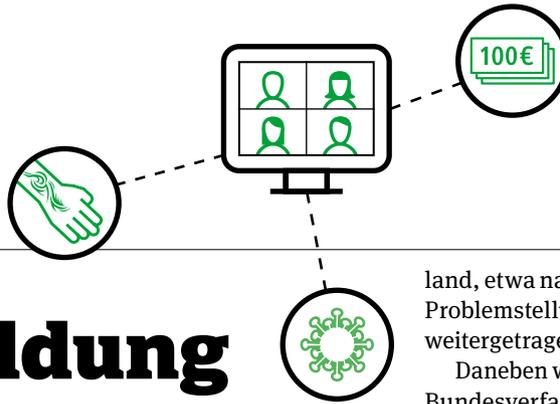
38 Eure Meinung

40 Impressum

Konkret regt die GdP das Einfügen eines neuen Absatzes (3a) in § 31 BeamtVG wie folgt an:

„(3a) Erkrankt ein Beamter bzw. eine Beamtin während einer Pandemie im Sinne des Infektionsschutzgesetzes wegen der Art der dienstlichen Verrichtungen und ist einer erhöhten Kontakthäufigkeit mit anderen Personen oder verminderten Schutzmöglichkeiten ausgesetzt oder wird zur Durchsetzung von Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung der Pandemie verwandt, so gilt die Erkrankung als durch dienstlich veranlasste gesundheits-schädigende Verhältnisse verursachter Dienstunfall.“

Innenleben



GdP-BEAMTENEXPERTEN TAGEN DIGITAL

Tattoos, Besoldung und das Virus

Beamtenstatusgesetz, Alimentation und Dienstunfall: Pandemiebedingt sind derzeit keine Sitzungen in Präsenz möglich, der Themenvielfalt tut dies jedoch keinen Abbruch. Daher traf sich der Bundesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht (BFA BB) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Ende Januar zu einer Videokonferenz.

Gudrun Hoffmann

Im Bundestag wird derzeit das Gesetz zur Regelung des Erscheinungsbildes beraten. Dahinter verbirgt sich die gesetzliche Umsetzung über das Ausmaß von Tätowierungen bei Beamtinnen und Beamten. Da damit auch eine Änderung des Beamtenstatusgesetzes verbunden ist, würde

diese Regelung bundesweit wirken. Problematisch neben der – nach Meinung der GdP – übertriebenen Umsetzung im Gesetz ist vor allem die Frage der Einheitlichkeit. Entfaltet die Entscheidung eines Landes über die Zulässigkeit einer Tätowierung auch Bestandskraft in einem anderen Bundes-

land, etwa nach einem Stellentausch? Diese Problemstellung soll an die Abgeordneten weitergetragen werden.

Daneben wurden die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation diskutiert. Teile der Besoldung in Berlin und die von Beamtinnen und Beamten mit drei und mehr Kindern in Nordrhein-Westfalen waren als verfassungswidrig zu niedrig (siehe DP 9/20) angesehen worden. Der BFA besprach, welche Konsequenzen dies für die Gewerkschaften habe, die nun gemeinsam mit dem DGB in ihren Regionen beraten müssen, wie im Dialog mit dem Dienstherrn Verbesserungen in der Besoldung erreicht werden können.

Corona und seine Folgen: Vor allem die Anerkennung von Dienstunfällen nach einer Infektion mit Covid-19 im Dienst läuft bisher sehr schleppend. Der Dienstherr muss laut BFA BB seiner Fürsorgepflicht nachkommen, denn die Kolleginnen und Kollegen setzten sich gerade einem höheren Kontaktisrisiko aus, könnten sich mitunter jedoch nur unzureichend schützen. Das Gremium schlug vor, eine gesonderte Vorschrift für die Pandemielage im Versorgungsrecht zu schaffen und damit die Anerkennung von Dienstunfällen zu vereinfachen. ■

GEWERKSCHAFTLICHE BILDUNGSARBEIT

Das geht auch digital

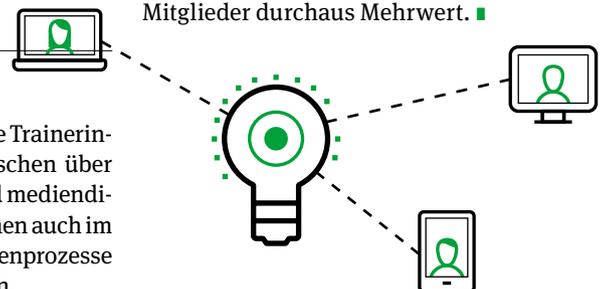
Online-Seminare sind die beste Lösung, um die Bildungsarbeit unter Pandemiebedingungen aufrechtzuerhalten und fortzuführen. Die Erfahrungen im Umgang mit digitalen Konferenz- und Trainingstools waren Teil des Austausches der GdP-Bildungsbeauftragten in ihrer Videokonferenz im Januar. Corona-bedingt haben einige Landesbezirke und Bezirke die Chance genutzt, ihr gewerkschaftliches Bildungsangebot um digitale Seminare zu erweitern.

Lydia Häber

Der qualitative Anspruch an digitale Bildungsarbeit ist hoch. Warum auch nicht? Insbesondere erweiterte Möglichkeiten, beispielsweise für den Zugriff auf Informationen und gewerkschaftliche Teilhabe, zudem die stetige Kommunikation und nachhaltige Ver-

netzung, sind klare Chancen. Viele Trainerinnen und Trainer verfügen inzwischen über variantenreiche methodische und mediendidaktische Kompetenzen und können auch im digitalen Raum Lern- und Gruppenprozesse optimal strukturieren und fördern.

Digital oder analog – gewerkschaftliche Bildungsarbeit bleibt ein sozialer Prozess, der von Kommunikation, Interaktion und dem Feedback zwischen Referierenden und Teilnehmenden lebt. Natürlich können persönliche Gespräche auf Armlänge und gemeinsame Erlebnisse online nur schwerlich kompensiert werden. Als sinnvolle Ergänzung sollten digitale Seminare jedoch auch künftig eine nicht zu geringe Rolle spielen. Nach Feierabend Neues zu erfahren, aktuelle Themen zu diskutieren und keine langen Reisewege auf sich zu nehmen, hat für viele Mitglieder durchaus Mehrwert. ■



Innenleben

Der neue stellvertretende GdP-Bundesseniorenvorsitzende Bernd Becker ist 1975 in die Polizei eingetreten und seit April 2020 im Ruhestand. Der 62-jährige Kriminalpolizist arbeitete in verschiedenen Personalratsgremien bis hin zum Hauptpersonalrat der Polizei. Auch in der rheinland-pfälzischen GdP war er in Ämtern aktiv, zuletzt fungierte er als Landesvize. Zudem wirkte er in kommunalen Gremien und als DGB-Kreisvorsitzender.

Foto: privat



SENIORENGRUPPE (BUND)

Bernd Becker neuer Bundesseniorenvize

Bernd Becker ist neuer stellvertretender Bundesseniorenvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Der Rheinland-Pfälzer folgte dem Kollegen Horst Müller, der im Frühjahr 2020 sein Amt niedergelegt hatte. Geheim gewählt wurde Ende des Jahres im Anschluss an eine Videokonferenz des Bundesseniorenvorstandes (BSV). Schon im Januar trafen sich die erfahrenen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in einer Sitzung des Geschäftsführenden Gremiums (GBSV) dann erneut vor den Monitoren.

Ewald Gerck/H. Werner Fischer

Da die Mitglieder der Seniorengruppe altersbedingt zu den besonders risikogefährdeten Menschen gehören, musste unter anderem der Mitte Mai 2020 terminierte bundesweite GdP-Seniorentag „Erfahrung gestaltet Zukunft“ mit den Themenschwerpunkten: Fit im Alter, Digitalisierung und Zukunft der GdP-Seniorengruppe abgesagt werden. Die Teilnehmenden zeigten sich, dass die Veranstaltung womöglich im kommenden Herbst stattfinden könne.

Mitbestimmen statt Mitwirken

Der Arbeitskreis (AK) „Senioren“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), in dem die GdP durch ihre Seniorengruppe vertreten ist, beschäftigt sich seit Längerem mit der Beteiligung Lebensälterer im gesellschaftlichen und politischen Leben hierzulande. Gefordert wird ein Mitbestimmen statt nur eines Mitwirkens – auf örtlicher, Landes- und auf Bundesebene. Dazu braucht es politische (gesetzliche) Vorgaben, die die Beteiligung der Älteren regeln. Die barrierefreie Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben sowie bezahlbare, flächendeckende, digitale Infrastruktur sind dafür zwingende Voraussetzungen. Aber auch der öffentliche Nahverkehr, die Versorgung mit Alltags-

gütern und die medizinische Infrastruktur sind noch zu bohrende dicke Bretter.

Gemeinsam mit den DGB-Senioren thematisiert wird zudem die Diskriminierung aufgrund des Lebensalters. Auch die Jugend, Behinderte und andere Gruppen sind betroffen, was in der Versicherungswirtschaft am deutlichsten wird. Beiträge für Leistungen orientieren sich vielmals nicht an der zu erbringenden Leistung, sondern an individuellen Merkmalen

Hilfestellungen

Die Seniorengruppe (Bund) ist Mitglied in der BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen). Die über einhundert dort vertretenen Verbände und Organisationen beschäftigen sich neben Fragen der Seniorenpolitik, Digitalisierung, Gesundheit und Pflege oder Partizipation mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Auch zu alltäglichen Hilfestellungen wird Infomaterial erarbeitet, das übrigens vielfach kostenlos angefordert werden kann.

Schwerpunkte setzen

Mit der Pensionierung der „Babyboomer“-Generation erfahren die GdP-Senioren einen deutlichen Zuwachs an zu betreuenden Mit-

gliedern. Da jede Generation ihre eigenen Lebensschwerpunkte setzt und Interessen hat, ist es für den Seniorenvorstand eine Herausforderung, dem mit gewerkschaftspolitischen Schwerpunkten gerecht zu werden. „Erfahrung gestaltet Zukunft“ ist nicht nur ein Slogan, sondern ein mit Leben zu erfüllender Auftrag.

Deshalb hat der BSV schon vor der Pandemie begonnen, eine „Zukunftsvision“ zu erarbeiten. Auf dem verschobenen Seniorentag 2020 sollten erste Pflöcke einschlagen werden. Das Gremium hat beschlossen, auf regionalen Seniorenveranstaltungen – im Gespräch mit den Mitgliedern – deren Interessenschwerpunkte und Vertretungsvorstellungen herauszufiltern. Dies bleibt nun Aufgabe für die nächste Zeit, je nachdem, wie die Corona-Einschränkungen konstruktive Arbeit ermöglichen. Jeder GdP-Senior, jede GdP-Seniorin ist aber schon jetzt aufgerufen, Interessenschwerpunkte und mögliche gewerkschaftspolitische Handlungsfelder dem Bundesseniorenvorstand über die Länderorganisationen mitzuteilen.

Aktivprogramm Senioren (APS)

Auch die Problematik der Übertragung des Corona-Virus im Dienst, eventuelle Spätfolgen und die Bedeutung der Anerkennung als Dienstunfall ist für die GdP-Senioren ein wichtiges Thema. Während der aktiven Dienstzeit stehen oft ausreichend Hilfsangebote zur Verfügung. Pensionierte oder Rentnete sind aber meistens mit ihren Problemen auf sich allein gestellt. Nicht erst seit Corona wissen wir, dass man „über Nacht“ auf Hilfe angewiesen sein kann. Eine Vielzahl an Hinweisen und Hilfestellungen für alle möglichen Lebenslagen haben die GdP-Senioren im „APS-Programm“ erarbeitet, das jedem GdP-Mitglied ein adäquater Ratgeber sein soll. Umfangreich ist es im Internetauftritt der GdP (Bund) im Mitgliederbereich hinterlegt. Und in diesen Wochen wurde ein Teil des Programms in einer Neuauflage der Broschüre „APS-Vorsorge“ an die Landesbezirke und Bezirke der GdP verteilt.

Zügig in Druck gehen soll noch ein neuer Imageflyer der Seniorengruppe, mit dessen Entwurf sich der GBSV beschäftigte. Dies vor dem Hintergrund, dass mehr Bemühungen zur „Mitgliederbindung vor dem Ruhestand“ notwendig erscheinen. ■

Titel



DIGITALER EXTREMISMUS IM KONTEXT DER PANDEMIE

Krise gekapert

Wie und mit welchem Erfolg haben extremistische und fundamental-religiöse Gruppierungen die Pandemie, staatliche Bekämpfungsmaßnahmen und Verschwörungsfantasien für ihre Zwecke instrumentalisiert? DP-Autor Jakob Guhl hat genauer hingeschaut.

Jakob Guhl



Die Pandemie hat zu einschneidenden Veränderungen in unserem Leben und zu großer Unsicherheit in Bezug auf das Gesundheitswesen, den sozialen Zusammenhalt und die ökonomischen Folgen der Pandemie geführt. Die staatlichen Maßnahmen zur Corona-Eindämmung brachten zudem erhebliche Gegenproteste. Es kam bei Großdemonstrationen der Lockdown-Gegner ein breites und ungewöhnliches Spektrum von Gruppen zusammen, von Verschwörungstheoretikern und QAnon-Anhängern bis

zu Reichsbürgern, Impfgegnern, Esoterikern, AfD-Mitgliedern, Identitären und Neo-Nazis.

Kaum Distanz

Kritik an der Corona-Politik des Bundes und der Landesregierungen kann natürlich legitim sein und ist in jedem Fall vom Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gedeckt. Das Versäumnis der Organisatoren dieser Proteste, sich glaubhaft von bekannten Ex-

tremisten zu distanzieren, wirft jedoch einen Schatten auf die Corona-Demos. Anfang Dezember gab das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) bekannt, dass es die Gruppe „Querdenken“ unter Beobachtung gestellt hat. Diese Gruppe, maßgeblich an der Organisation der Corona-Demos in ganz Deutschland beteiligt, sei „von Extremisten unterwandert“ worden, so das BfV.

Der Fall „Querdenken“ zeigt, wie politische, soziale, wirtschaftliche und medizinische Sorgen, die weit über den harten Kern extremistischer Gruppen hinaus geteilt werden, von extremistischen Gruppen politisch instrumentalisiert werden können.

Unsicherheiten ausnutzen

Die Krise stellt eine Gelegenheit für Extremisten dar, von der Unsicherheit zu profitieren, die aus den einschneidenden Veränderungen des alltäglichen Lebens resultiert. Durch gezielte Falschinformationen und Verschwörungstheorien versuchen insbesondere Rechtsextremisten, diese Unsicherheiten auszunutzen, den öffentlichen Diskurs zu polarisieren und einen Nährboden für ihre politische Agenda zu schaffen. Angesichts der Zunahme des Internetkonsums durch zeitweilige Schulschließungen und der Verlegung vieler Arbeitsplätze in das Homeoffice sind das Internet und die sozialen Medien noch wichtigere Ressourcen für die extremistischen Rekrutierungsbemühungen.

Extremistische Onlineaktivitäten analysiert

Um diese extremistische Vereinnahmung des Virus besser zu verstehen, hat der Forschungsbericht „Krise und Kontrollverlust“ des Londoner Instituts for Strategic Dialogue (ISD), der Anfang November in deutscher Sprache veröffentlicht wurde, die Netzwerke und Narrative deutschsprachiger rechtsextremer, linksextremer und islamistisch-extremistischer Akteure in Deutschland, Österreich und der Schweiz auf Facebook, Twitter, YouTube, Telegram, 4chan sowie auf extremistischen Websites analysiert.

Der Bericht dokumentiert, welche Narrative Extremisten mit unterschiedlichen ideologischen Hintergründen aufgreifen, um die durch die Krise entstandene Unsicherheit zu

DP-Autor Jakob Guhl

ist Extremismusforscher und Koordinator für Policy & Research am Londoner Institute for Strategic Dialogue (ISD). Er ist Co-Autor von Forschungsberichten über Rechts-

terrorismus, Holocaustleugnung, Rechtsextremismus auf alternativen Social-Media-Plattformen, die reziproke Radikalisierung zwischen Rechtsextremisten und

Islamisten, koordinierte Trollkampagnen, Hassrede und Desinformationskampagnen im Vorfeld von Wahlen.

instrumentalisieren. Es wird deutlich, dass Extremisten die Corona-Pandemie entlang präexistierender ideologischer Muster interpretieren, an Narrativen und Feindbildern festhalten und diese mit der aktuellen Krisen-Thematik verknüpfen.

Rechtsextremisten beziehen am Deutlichsten und Lautesten Stellung gegen die Lockdown-Maßnahmen der Regierung, nutzen die Pandemie aber auch, um gegen Minderheiten, insbesondere Migranten und Flüchtlinge, zu mobilisieren. Linksextremisten hingegen stellen Corona vor allem mit Bezug in einen wirtschaftlichen und antikapitalistischen Zusammenhang. Einige links-extreme Gruppen beschuldigen die Regierung zusätzlich, einen „autoritären Staat“ schaffen zu wollen, während andere gegen die Rechtsextremisten und die Polizei mobilisieren oder sogar Sympathien mit undemokratischen antiwestlichen Regimen wie China, Kuba und Venezuela äußern, die angeblich besser für die Pandemiebekämpfung aufgestellt seien.

Islamistische Extremisten befassen sich viel mit religiösen Interpretationen der Pandemie, bringen jedoch auch immer wieder ihre Ablehnung gegenüber westlichen, liberalen und säkularen Gesellschaften zum Ausdruck und behaupten, dass „islamische Staaten“ für die Prävention und Bekämpfung von Gesundheitskrisen qualifizierter seien.

Während sich die von den verschiedenen extremistischen Gruppen vorgeschlagenen alternativen Gesellschaftsmodelle natürlich voneinander unterscheiden, sind hier Parallelen in den Aussagen über die angebliche Überlegenheit „sozialistischer“ oder „islamischer“ Staaten im Vergleich zu Ländern mit liberal-demokratischer Ausprägung bei der Bewältigung von Gesundheitskrisen zu beobachten.

Ungleich gewachsen

Unabhängig von den spezifischen Erzählweisen und Interpretationen der Pandemie innerhalb verschiedener extremistischer Bewegungen, zeigen unsere Ergebnisse, dass Extremisten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz ihre Online-Reichweite seit Einführung der Sperrmaßnahmen steigern konnten.

Bei genauerer Beobachtung fällt jedoch auf, dass das digitale Wachstum extremisti-

scher Bewegungen in vierfacher Hinsicht ungleich verteilt war: Erstens wuchsen Rechtsextremisten, die sich bereits vor der Pandemie die größte Online-Präsenz aufgebaut hatten, stärker (18 Prozent mehr Anhänger) als Linksextremisten (+10 Prozent) und islamistische Extremisten (6 Prozent). Zweitens nahmen die Rechtsextremen auf alternativen Social-Media-Plattformen stärker zu als auf denen im Mainstream. Dies war vor allem auf dem Messengerdienst Telegram zu beobachten, wo selbst die größten Kanäle in den sechs Monaten nach Beginn der Lockdown-Maßnahmen im März 2020 um 350 Prozent zunahm. Drittens wuchs dort rechtsextreme Verbreitung, wo man sich vor allem Verschwörungstheorien widmete, mehr als jene, die sich auf ethnonationalistische, nationalsozialistische und muslimfeindliche Inhalte konzentrierte. So wuchs der größte deutschsprachige QAnon-Kanal um 560 Prozent. Und viertens gewannen extremistische Angebote vor allem in den zwei Monaten unmittelbar nach der Einführung der Lockdown-Maßnahmen Follower hinzu. Danach verlangsamte sich die Wachstumsrate wieder.

Wahrgenommener Kontrollverlust

Die Ergebnisse legen nahe, dass die mit dem Virus verbundene Unsicherheit und die weitreichenden Eingriffe in den normalen Alltag zu einem wahrgenommenen Kontrollverlust geführt haben. Dies könnte das Bedürfnis nach eindeutigen Antworten verstärkt haben. Eindeutige Erklärungen und manichäische Weltbilder (eine Unterteilung in Auserwählte und Hörer) sind Merkmale extremistischer Ideologien.

Verschwörungstheorien liefern solche eindeutigen Erklärungen für schwer nachvollziehbare politische und gesellschaftliche Entwicklungen, indem sie klare Sündenböcke und damit einfache Lösungen für die Krise identifizieren. Durch Verschwörungstheorien kann somit das Gefühl, die Kontrolle zu haben, wiedergewonnen werden.

Rechtsextreme am sichtbarsten

Während Verschwörungstheorien in linksextremen und islamistischen Bewegungen im Allgemeinen zwar eine wichtige Rolle spie-

len, waren Verschwörungstheorien über den Ursprung und die Natur des Virus in der digitalen Kommunikation linksextremer und islamistischer Gruppen in den ersten sechs Monaten nach der Einführung des Lockdown kaum zu finden. Zwar gibt es unter islamistischen Extremisten einige, die es für denkbar halten, dass „Zionisten“ oder westliche Staaten hinter der Pandemie stecken könnten, doch diese sind unter deutschsprachigen Islamisten eine Minderheit.

Interessanterweise gibt es eine Reihe bekannter islamistischer Influencer, die eine eindeutige Position gegen Corona-bezogene Verschwörungstheorien einnehmen. Diese Kritiker bezeichneten die Anhänger solcher Behauptungen als „naiv“ und „realitätsfern“ und argumentierten, dass niemand ein plausibles Motiv hätte, um ein so verheerendes Virus absichtlich in die Welt zu setzen.

Rechtsextremisten hingegen setzten am sichtbarsten auf die Verbreitung gezielter Falschinformationen und Verschwörungstheorien über den Ursprung und die Natur des Virus. Möglicherweise konnten sie die Pandemie auch daher am effektivsten für sich nutzen. Das wachsende Publikum dieser Kanäle im Laufe des letzten Jahres ist besonders besorgniserregend, und stellt nicht nur eine Herausforderung für die liberale Demokratie dar, sondern auch für die Pandemiebekämpfung. ■



EXTREMISMUS IN SOZIALEN MEDIEN

Angefacht

Im Gespräch erläutert DP-Autor Jakob Guhl, wie extremistische Gruppierungen soziale Medien nutzen und damit erfolgreich sind.

Michael Zielasko

DP: Sie haben sich bereits intensiv mit politischer Wut beschäftigt. Machen einzelne Anlässe wütend oder basiert die Entrüstung auf tieferen Ursachen?

Jakob Guhl: Neben konkreten Anlässen und Ereignissen, die zu politischer Wut führen, gibt es auch tiefere Ursachen. Es existiert in signifikanten Teilen der Bevölkerung ein grundsätzlich skeptisches Verhältnis gegenüber politischen Eliten und Institutionen: Laut den Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung neigt seit Jahren knapp ein Fünftel deutlich zu rechtspopulistischen Einstellungen. Dazu kommt eine wahrgenommene kulturelle Bedrohung durch demografische Veränderungen und die Identitätspolitik margina-

lisierter Gruppen. Auch dass bestimmte politische Entscheidungen explizit oder implizit als „alternativlos“ dargestellt wurden, hat Misstrauen, Angst und auch Wut befeuert.

DP: Stellen vor diesem Hintergrund soziale Medien Brandbeschleuniger dar? Gibt es quasi „Molotow-Posts“?

Guhl: Soziale Medien sind natürlich nicht der Ursprung von Wut oder von Phänomenen wie Rechtspopulismus und -extremismus, aber sie haben existierende gesellschaftliche Dynamiken zusätzlich beschleunigt. Für wichtiger als einzelne Posts halte ich die strukturellen Dynamiken der sozialen Medien. Extremismus wird durch solche Plattformen weiter angefacht.

DP: Und wie?

Guhl: Ihr auf Aufmerksamkeit abzielendes Geschäftsmodell und algorithmisches Design verzerren den politischen Diskurs im Netz zugunsten extremer Ansichten. Zudem täuschen soziale Medien die Wahrnehmung von Usern in Bezug auf die Frage, wie verbreitet bestimmte Ansichten und Interessen innerhalb der Gesamtbevölkerung sind. Dort finden sich Gleichgesinnte, unabhängig davon, wie extrem oder isoliert deren Ansichten innerhalb der Gesellschaft sind. Durch die Individualisierung der eigenen Timeline ersetzen virtuelle Gruppen politisch Gleichgesinnter eine geteilte öffentliche Diskussion mit einem gemeinsamen Bezugsrahmen.

DP: Wäre es richtig, die AfD als parlamentarischen Arm der politischen Wut zu bezeichnen?

Guhl: Der AfD ist es gelungen, Wähler für sich zu gewinnen, die von der Demokratie enttäuscht und gegenüber politischen Eliten misstrauisch sind. Die Wahrnehmung einer kulturellen Bedrohung spielt bei den AfD-Wählenden laut Studien eine wichtigere Rolle als wirtschaftliche Unsicherheit. Sie unterscheiden sich von anderen Wählerschichten deutlich durch ihre Ablehnung von Migranten und Flüchtlingen. Die Unterstützer der AfD sind sicherlich wütender auf die etablierte Politik als die anderer Bundestagsparteien: Laut einer Untersuchung des Bloggers Josef Holnburger wurde auf AfD-Facebook-Posts mehr als bei allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien mit „Wut“ reagiert. Daher könnte die AfD tatsächlich als parla-

mentarischer Arm der politischen Wut, die sich in den sozialen Medien besonders deutlich zeigt, bezeichnet werden.

DP: Vor dem Hintergrund der Corona-Schutzmaßnahmen hierzulande sprechen Sie von der Fundamentalopposition der AfD – die findet oft auf verschiedenen Facebookseiten statt. Was macht die Facebook-Community so attraktiv für derlei politische Botschaften?

Guhl: Natürlich beschränkt sich die Popularität der AfD nicht auf Facebook – auf anderen Plattformen, vor allem auf YouTube, hat die Partei ebenso eine große Reichweite. Doch in der Tat ist die Facebook-Community der AfD gigantisch – auch im Vergleich mit anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Bei einer Studie im Rahmen der Europawahlen 2019 haben wir am ISD festgestellt, dass die Partei mit erkennbar mehr Facebook-Seiten und Gruppen operiert, diese deutlich aktiver sind als die der anderen Parteien und zudem durchschnittlich auch viel häufiger geteilt, geliked und kommentiert werden.

DP: Aber was zeichnet dieses Medium im Speziellen aus?

Guhl: Facebook ist für die AfD besonders attraktiv, weil es die Soziale-Medien-Plattform mit der größten Zahl deutscher User ist. Möglicherweise spielen auch demografische Faktoren eine Rolle. Jüngere User, die mit dem Internet und sozialen Medien aufwuchsen, sogenannte Digital Natives, sind auf Facebook mittlerweile weniger aktiv als ältere, denen entsprechende digitale Medienkompetenzen häufig fehlen. Auch bestimmte Plattform-Funktionen auf Facebook, zum Beispiel geschlossene Gruppen, vereinfachen zusätzlich das Einrichten und Erschaffen politischer Echokammern.



DP: Wie stufen Sie die sogenannten Querdenker ein? Agiert diese Gruppierung tatsächlich immer radikaler oder wird sie von extremistischen Kräften zunehmend als Verstärker benutzt?

Guhl: Bei der Querdenken-Bewegung beobachten wir sowohl auf personeller als auch auf narrativer Ebene Überschneidungen mit rechtsextremistischen Kräften. Dies manifestiert sich beispielsweise in der mangelnden beziehungsweise verspäteten Abgrenzung sowie der Verharmlosung von Rechtsextremisten seitens der Organisatoren der Querdenken-Protteste. Dazu kommen die Treffen mit Vertretern der Reichsbürger-Bewegung, welche die Legitimität der Bundesrepublik nach 1945 anzweifelt. Redner bei Querdenken-Demonstrationen übernehmen immer wieder verschwörungstheoretische Erzählweisen, so Slogans der QAnon-Bewegung, und bedienen sich geschichtsrevisionistischer Vergleiche, etwa wenn Gegner der Lockdown-Maßnahmen sich mit Sophie Scholl gleichsetzen oder das Infektionsschutzgesetz der Bundesregierung als „Ermächtigungsgesetz“ bezeichnet wird. In Kombination mit den Untergangsszenarien und Umsturzfantasien, die innerhalb der Bewegung populär sind, ist dies tatsäch-

lich eine beunruhigende Mischung.

DP: Verfangen Begriffe wie Lügenmedien umso besser je öfter diese beispielsweise auf Social-Media-Plattformen wiederholt werden?

Guhl: Unsere Forschung am ISD zeigt, dass extremistische Bewegungen soziale Medien strategisch nutzen. Hochaktive und zum Teil koordinierte Netzwerke versuchen, extremistische Rhetorik und demokratiefeindliche Einstellungen zu normalisieren. Dabei geht es nicht nur um die Verbreitung der eigenen Sprache und Konzepte. Zusätzlich soll der Eindruck erweckt werden, extremistische Einstellungen seien weiter verbreitet als dies tatsächlich der Fall ist. Dadurch soll die Wahrnehmung des Meinungsbildes verzerrt werden. Soziale Medien ermöglichen zudem einem breiteren Kreis an Akteuren zu testen, wie ihre Botschaften beim Publikum ankommen: Was für Inhalte werden häufig geliked? Welche Videos werden angesehen und geteilt? Was sorgt für ausgiebige Diskussionen? Hier lassen sich leicht Daten gewinnen, für die früher teure und aufwändige Umfragen durchgeführt werden mussten. Dies erlaubt es, erfolgreiche Begriffe und Narrative zu identifizieren, und weniger erfolgreiche wieder fallenzulassen.

DP: Sie haben herausgefunden, dass rechtsextreme Accounts auf allen Plattformen im Schnitt mindestens doppelt so viele Follower wie islamistische Extremisten und mindestens dreimal so viele wie Linksextremisten haben. Spiegelt dieses Resultat die Gefahrenrelation für unsere Gesellschaft wider?

Guhl: Der digitale Einfluss muss nicht zwangsläufig mit der analogen Größe einer Bewegung korrespondieren. Tatsächlich hat es in Deutschland seit Beginn der 1990er-Jahre jedoch mehr Todesopfer rechtsextremer als islamistischer oder linksextremer Gewalt gegeben. Laut den Daten des Center for Research on Extremism (C-REX) an der Universität Oslo ist Deutschland in



Westeuropa am stärksten von Rechtsterrorismus und rechtsextremer Gewalt betroffen. Dieses Muster ist nicht überall zu finden. In Frankreich und Großbritannien starben mehr Menschen durch islamistisch-extremistische Gewalt. Dennoch geht natürlich auch hierzulande von gewaltbereiten islamistischen Extremisten ein erhebliches Sicherheitsrisiko aus, da diese bei ihren Anschlagplänen noch häufiger als Rechtsextremisten darauf abzielen, die Zahl der Todesopfer zu maximieren. Rechtsextremisten hingegen greifen zumeist gezielt bestimmte Gruppen an: (vermeintliche) Einwanderer, Juden, Muslime, politisch Engagierte.

Neben der Gefahr durch extremistische Gewalt besteht die einer Normalisierung extremistischer Einstellungen innerhalb der Gesellschaft. Auch hier geht meiner Ansicht nach in Deutschland die größte Gefahr von Rechtsextremisten aus, die versuchen, den politischen Diskurs nach Rechts außen zu verschieben.

DP: Ein Teil der deutschsprachigen Islamisten-Szene scheint Ihren Ergebnissen zufolge nicht sehr erfreut über die Verbreitung von Verschwörungstheorien über die Pandemie. Was steckt dahinter?

Guhl: Ein besonderes Kalkül lässt sich hier nicht erkennen. Ich vermute, dass deren meisten Vertreter schlicht nicht glauben, dass es sich bei Corona um eine Verschwörung handelt. Anstatt die Pandemie auf menschliches Handeln zurückzuführen scheinen sie die Krise eher auf eine religiöse Weise zu interpretieren.

DP: Sie schlagen vor, „digitale demokratie-relevante Medienkompetenzen“ in der Gesellschaft zu stärken, um Bürger und Nutzer widerstandsfähiger gegenüber extremistischen und verschwörungstheoretischen Botschaften zu machen. Was wäre der effizienteste Weg?

Guhl: Es ist notwendig, digitale Medienkompetenzen und kritisches Denken für User aller Altersgruppen zu fördern. Zumal höhere Altersgruppen noch anfälliger für digitale Manipulationen im Internet sind als Digital Natives – aber schwerer zu schützen. Deshalb hat das ISD in Deutschland zusammen mit der gemeinnützigen Hertie-Stiftung und der Robert-Bosch-Stiftung gerade das „Business Council for Democracy“ (BC4D) gestartet. Dieses Programm bietet die Möglichkeit, zum Beispiel in der Mittagspause etwas über digitale Phänomene wie Desinformation und Hassrede zu lernen und zu erfahren, wie man die Glaubwürdigkeit von Informationsquellen im Internet ermitteln kann. Es ist der erste groß angelegte Versuch, Erwachsene an ihrem Arbeitsplatz in digitalen Demokratiekompetenzen zu schulen. Soziale Medien sind da, um zu bleiben, und werden künftig sicherlich nicht nur als Informationsquelle noch wichtiger werden.

DP: Welches Thema liegt jetzt auf Ihrem Schreibtisch?

Guhl: Ich werde mich neben der andauernden Herausforderung durch rechtsextreme Bewegungen wieder vermehrt mit den verschiedenen Communities innerhalb salafistischer Netzwerke auseinandersetzen. Daneben untersuchen wir am ISD sicherlich auch, wie soziale Medien genutzt werden, um Falschinformationen und Verschwörungstheorien zu den Corona-Impfstoffen zu verbreiten, und welche Rolle extremistische Gruppen dabei spielen.

Gegen Ende des Jahres wollen wir beobachten, ob und wie Extremisten und autoritäre Staaten versucht haben, den Ausgang der Bundestagswahlen im September zu beeinflussen. Dabei bauen wir auf unserer jahrelangen Forschungsarbeit zu Desinformations- und Hasskampagnen im Vorlauf demokratischer Wahlen auf, die wir in den letzten vier Jahren unter anderem in den USA, Großbritannien, Deutschland, Schweden, Italien und Kenia durchgeführt haben.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

Im Gespräch

ERSTE EXTREMISMUSBEAUFTRAGTE IN DEUTSCHER POLIZEIBEHÖRDE

Wir stehen zu dem, der Missstände aufzeigt und nicht zu dem, der sie verursacht

Im vergangenen Jahr kursierten beinahe täglich Meldungen über extremistische Auswüchse in der Polizei. Als Reaktion darauf hat Berlins Innensenator Andreas Geisel einen Elf-Punkte-Plan gegen extremistische Tendenzen im Öffentlichen Dienst entwickelt, mit Svea Knöpnadel als erste Extremismusbeauftragte in einer deutschen Polizeibehörde. DP hat mit ihr und Berlins Antisemitismusbeauftragtem Wolfram Pemp gesprochen.

Benjamin Jendro

DP: Frau Knöpnadel, braucht die Berliner Polizei eine Extremismusbeauftragte?

Svea Knöpnadel: Es ist definitiv sinnvoll, wobei ich meine Aufgabe wesentlich breiter sehe als das, was der Name hergibt. Ich möchte nicht erst da ansetzen, wo es bereits straf- oder disziplinarrechtlich relevant ist, sondern schon im Bereich Prävention. Es muss niederschwelliger sein, um die Hintergründe bestimmter Denk- und Handlungsmuster herauszufinden und da gegenzusteuern.

DP: Wie lief das Auswahlprozedere für diesen Posten?

Knöpnadel: Ich wurde direkt gefragt, und obwohl mir niemand genau sagen konnte, welche Funktion damit verbunden sei, habe ich nicht lange gezögert. Es ist sogar von Vorteil, in kein enges Korsett gezwungen zu werden, sondern innerhalb des grundsätzlichen Aufgabenrahmens selbst gestalten zu können. Wir haben zum Beispiel ganz viele Hilfsangebote in der Behörde. Das Problem ist, dass die gar nicht so bekannt sind.

Ich möchte mehr sein als nur Punkt vier im Elf-Punkte-Plan. Faktisch ist dieser Pos-

ten die Klammer um den Plan und sollte auch dementsprechend mit Leben gefüllt werden.

DP: Wie ist es für Sie, Herr Pemp? Willt Frau Knöpnadel bereits in Ihren Bereichen herum?

Wolfram Pemp: Nein, natürlich nicht und in der Gesamtschau ist es richtig, eine derartige Institution zu schaffen. Klar, kann ich auch Kritik von Kollegen verstehen, dass wir eine weitere Beauftragte einbauen. Wir dürfen definitiv nicht das Gefühl wachsen lassen, dass wir uns mit ganz vielen Personen um Allesmögliche, aber nicht um die tagtäglichen Probleme der Kollegen kümmern. Dienstpläne oder die bröckelnde Decke auf der Dienststelle sind für Kolleginnen und Kollegen oftmals präsenter als Extremismus. Dennoch ist es der richtige Schritt, auch sie bei der Zentralstelle für Prävention im Landeskriminalamt anzusiedeln, weil die Wege so kurz sind. Kollegin Knöpnadel kann von anderen Beauftragten partizipieren und schauen, welche guten Sachen sie übernehmen kann und welche Fehler sie nicht noch mal machen muss.

Knöpnadel: Es hat sich schon in den ersten Monaten gezeigt, dass diese Anbindung aufgrund der Schnittstellen absolut sinnvoll ist. So fange ich jetzt nicht bei null an, kann viele Kontakte bereits übernehmen. Wir schauen je nach Einzelfall, wer hauptsächlich bearbeitet. Was Herr Pemp angesprochen hat, empfinde ich als sehr wichtig: Wir dürfen nicht den Eindruck entstehen lassen, uns um alltägliche Probleme an der Basis nicht ausreichend zu kümmern. Insofern fand ich es sehr positiv, dass sich bereits kurz nach Einrichtung des E-Mail-Postfachs zahlreiche Beschäftigte mit ernsthaften Anliegen an mich gewendet haben. Auch Bürgeranfragen erreichen uns. Das sind in der Regel allgemeine Sachverhalte zum Thema Extremismus – losgelöst vom Verhalten von Dienstkräften – und die eine oder andere Kontaktanzeige und ein religiöser Bekehrungsversuch waren auch schon dabei.

DP: Wie empfinden Sie Diskussionen rund um Rechtsextremismus in den Sicherheitsbehörden, der im Vorjahr stark in den Fokus gerückt wurde?

Knöpnadel: Ich finde die Debatte wichtig, und wir sollten sie offen führen. Gemessen an unserer Gesamtgröße ist es zwar nur ein Prozentsatz, aber jeder einzelne Fall ist einer zu viel. Man muss auch einfach anerkennen, dass jeder Fall Auswirkungen auf unser Gesamtbild entfaltet. Nur mit voller Transparenz und einer offenen Debatte können wir das geraderücken.

DP: Fanden Sie die Debatte immer sachlich?

Knöpnadel: Ich kann mich nicht erinnern, wann in so einer großen Debatte jemals sachlich diskutiert wurde. Jede Interessenvertretung verfolgt nun einmal ihre Interessen und versucht, die Chance zu nutzen, diese zu befeuern. Darüber kann man sich ärgern, das wird aber niemanden weiterbringen. Wir sehen aber so oder so, dass wir als Polizei konkreter werden müssen. Wir sollten eben noch genauer erklären, warum wir diese schwarze Person im Görlitzer Park (Hinw. d. Red.: ein bekannter Drogenumschlagplatz im Berlin-Kreuzberg) kontrolliert haben, weil sie bestimmte rauschgiftähnliche Verhaltensmuster gezeigt hat – ins Gebüsch gegangen ist, sich dort gebückt hat, wieder raus ist, wahllos Menschen angesprochen hat und so weiter.

„Wir wollen nicht die Sprachpolizei sein, aber es geht um die Reflexion des eigenen Handelns, und da wollen wir professionelle Stütze sein.“

Pemp: Richtig, das Problem bei solchen Debatten ist eben, dass sie häufig polarisieren. Die Wahrheit liegt meistens in der Mitte. Wir haben weder nur Einzelfälle noch haben wir Sicherheitsbehörden, die der Hort von Extremismus und rechtem Gedankengut sind. Wir müssen uns ernsthaft damit auseinandersetzen, wie wir sind – und was vielleicht noch viel wichtiger ist und oftmals fehlt: Wie wollen wir sein, und wofür stehen wir als Polizei. Es muss noch klarer werden, dass wir für die demokratischen Grundsätze stehen.

DP: Was entgegnen Sie Kollegen, die sagen, früher durfte man das noch sagen, heute ist es rassistisch?

Knöpnadel: Das ist ein wichtiger Punkt, und das meine ich mit niederschwellig. Es fehlt manchmal halt auch die Empathie, sich zu vergegenwärtigen, was die Aussage mit dem Kollegen mit Migrationshintergrund macht. Unsere Gesellschaft hat sich gewan-



Wolfram Pemp.

delt, unsere Sprache auch. Man sagt heute Sachen nicht mehr, die man von 20 Jahren gesagt hat. Übrigens auch im Umgang mit Frauen, und das ist gut so. Wir wollen nicht die Sprachpolizei sein, aber es geht um die Reflexion des eigenen Handelns, und da wollen wir professionelle Stütze sein. Supervision ist da ein großes Thema.

DP: Dazu kommen wir gleich noch. Dienen Ihre Posten der Prävention oder ist es nicht schon der Beweis für existenten Extremismus und Antisemitismus in der Behörde?

Knöpnadel: Es ist der Beweis dafür, dass wir uns intensiv mit dem Thema auseinandersetzen.

Pemp: Man kann das wieder so und so sehen. Wenn man es böse meint, sagt man, es ist ein Beweis für die Existenz. Wenn man es gut auslegt, heißt es, dass wir uns damit beschäftigen. Als Antisemitismusbeauftragter wirke ich eher aus der Behörde heraus als in sie herein. Wir wollen der jüdischen Community das Gefühl geben, dass wir uns um ihre Anliegen kümmern, Antisemitismus ernst nehmen. Wir wollen den Schutz jüdischer Gemeinden sicherstellen, Antisemitismus verhindern und Straftaten ahnden. Das tragen wir nach außen.

DP: Schauen wir bitte noch mal nach innen: In fast allen bisher bekanntgewordenen rechtsextremen Chatgruppen gibt es einzelne, die verfassungfeindliche Inhalte posten und viele, die das nicht melden. Fehlt innerhalb der Behörde das richtige Klima?

Pemp: In jedem Fall entsteht eine Dilemma-Situation für die Kolleginnen und Kollegen. In dem Moment, wo sich jemand rechtsradikal, homophob oder wie auch immer äußert und ein Kollege das beim Vorgesetzten meldet, startet natürlich ein Ablauf, bei dem er am Ende bei einigen als Anscheißer gilt. Das passiert zum Beispiel bei einer Festnahmesituation, in der ein Kollege, mit dem ich vielleicht seit einem Jahrzehnt Funkwagen fahre, über die Stränge schlägt und unzulässige Gewalt anwendet. Dieses Dilemma löst auch niemand für einen auf. Fakt ist aber, dass wir als Behörde eine klare Haltung haben müssen: Wir stehen zu dem, der Missstände aufzeigt und nicht zu dem, der sie verursacht.

DP: Kann Supervision hier helfen?

Pemp: Das ist ein wichtiger Punkt des Elf-Punkte-Plans, bei dem sich jedoch viele Fallstricke ergeben. Ich muss die Kolleginnen und Kollegen davon überzeugen. Ganz entscheidend ist hier die Schlüsselrolle der ersten Führungsebene – Kommissariatsleitungen, Dienstgruppenleitungen –, die wir erreichen und sensibilisieren müssen. Sie stehen im Fokus, weil sie das Klima auf den Dienststellen bestimmen und als erste intervenieren müssen. Und, das dürfen wir nie vergessen, eine richtige Supervision kostet viel Geld.

DP: Der Bund wird den Berufsalltag von Polizistinnen und Polizisten untersu-



Svea Knöpnadel.

chen, Berlin zusätzlich extremistische Einstellungen bei Kolleginnen und Kollegen. Ist das nötig? Mit welchen Ergebnissen rechnen Sie?

Pemp: Wir müssen uns nicht verstecken und brauchen auch keine Angst vor Untersuchungen haben. Entscheidend ist das Studiendesign. Es gab in der Vergangenheit die eine oder andere Studie, die eine gewisse Wissenschaftlichkeit suggeriert, aber nicht besonders belastbare Aussagen in den Raum gestellt hat. Wenn das sichergestellt ist, brauchen wir keine Angst haben. Entweder stellen wir fest, dass die Lage nicht so schlimm ist. Oder aber wir stellen fest, dass es schlimmer ist, als wir gedacht haben, und dann sollten wir etwas tun. Entscheidend ist dann die Interpretation der Ergebnisse. Ich glaube, dass man mit einer bundesweiten Studie feststellt, dass Polizei nicht gleich Polizei ist und es gravierende Unterschiede gibt, wenn man in unterschiedliche Gliederungsbereiche schaut.

Knöpnadel: Grundsätzlich können wir von einer Studie nur profitieren, aber wie Herr Pemp sagt: Aufbau und Interpretation sind entscheidend. Solange wir ein Ergebnis haben, das nicht vorherbestimmt ist, sondern das interpretiert werden kann, können wir unsere Schlüsse daraus ziehen und Maßnahmen ergreifen.

DP: Sie sprachen die Verantwortung von Führungskräften an. Sehen Sie da eine Entwicklung in den letzten Jahren?

Knöpnadel: Ich finde, wir sind generell viel offener für Kritik geworden. Fehlverhalten wird aktiver angesprochen und dann auch entschlossener dagegen vorgegangen, nicht nur beim Thema Extremismus, sondern zum Beispiel auch bei Frauenfeindlichkeit. Wir

sind offener, bürgerfreundlicher und auch innerhalb der Behörde respektvoller im Umgang.

Pemp: Wir sind definitiv viel besser geworden. Ich kann mich noch erinnern, als ich 2010 im LKA 5 beim Staatsschutz war und angekündigt wurde, dass alle Kommissariatsleitungen noch mal eine Schulung bei MANEO (Hinw. d. Red.: ein schwules Anti-Gewalt-Projekt) zum Thema Homo- und Transphobie erhalten sollen. Die Gesichtsausdrücke der Kolleginnen und Kollegen waren bezeichnend und machten klar, dass man dies für Quatsch hält. Heute gehen Kommissariatsleiter freiwillig zum Verband lesbischer und schwuler Polizeibedienstete (VelsPol), informieren und beteiligen sich.

DP: Besonderes Augenmerk soll jetzt auch auf Aus- und Fortbildung gerichtet werden. Was sind da die richtigen Schritte,

te, um extremistisches Gedankengut im Keim zu ersticken?

Knöpnadel: Ich habe mir vor Kurzem das Angebots-Portfolio angeschaut. Im gehobenen Dienst wird in diesem Themenbereich viel mit Wahlpflichtmodulen gearbeitet. Das kann man aber sicherlich noch intensivieren. Beim mittleren Dienst ist das ganz ordentlich, auch weil es nicht nur um Theorie, sondern erlebbare Erfahrungen geht. Bei der Fortbildung ist auch klar, dass wir Führungskräfte brauchen, die das unterstützen und sich nicht darüber beschweren, dass die Kollegen schon wieder an einem Seminar teilnehmen.

Pemp: Ich muss in Aus- und Fortbildung natürlich gewichten, aber ich sehe uns hier wieder auf einem guten Weg, nachdem wir den zwischendurch als Berliner Polizei mal aus dem Blick verloren haben. Eine wichtige Frage ist aber auch, wer sind die Leh-

renden. Ich kann als Lehrkraft, wenn ich es denn will, auch im Bereich Kriminalistik immer mal einen Fall mit antisemitischem und transphoben Hintergrund einbauen.

DP: Nehmen Sie uns abschließend auf einen Arbeitstag mit, was steht da so an?

Knöpnadel: In der Tat ist der Tag sehr abwechslungsreich. Als erstes wird natürlich das Mail-Postfach gecheckt und auf Anfragen geantwortet. Dann spreche ich mit meiner Geschäftsstelle über die jeweilige Aufgabenteilung für den Tag. Wir planen Sachen, telefonieren und netzwerken viel. Corona hat hier natürlich Auswirkungen. Aber die Telefonkonferenz ist zum Glück mittlerweile nicht mehr das Einhorn am Waldrand, sondern fester Bestandteil und wir steigern uns gerade in Richtung Videokonferenz.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

ANZEIGE

TOP ANGEBOTE, TOP PREISE!

Polizeiautohaus.de

Konditionen kurz vor kriminell



Besucht uns auf der Website
www.polizeiautohaus.de.

Autos online kaufen zu
exklusiven GdP-Konditionen!



GdP-Plus Partner



Hingeschaut



ORIENTIEREN AM „POLIZEILICHEN
FÜHRUNGSMODELL (PFM)“

Gute Führung in der Polizei

Photo: whyframes/stock.adobe.com

Gute Führung muss zeitgemäßer gedacht werden, betonen die DP-Autoren. Erfolge, also das Erreichen polizeilicher Ziele, solle dabei eng mit Ethik verbunden sein.

Gerd Thielmann, Jürgen Weibler, Thomas Model

Die Polizei steht wie kaum eine andere Organisation in der medialen Öffentlichkeit. Das ist zwar nicht neu, doch dieses Mal werden Vorkommnisse berichtet und Vorwürfe publiziert, die geeignet sind, das in der Bevölkerung weitflächig vorhandene Vertrauen in ihre Arbeit zu beeinträchtigen. Hintergrund sind sich weitende Debatten zu Rassismus, Rechtsradikalität oder gar Rechtsextremismus innerhalb der Polizei.

Durchgreifen

Von polizeilichen Führungskräften wird erwartet, dass sofort und rigide durchgegriffen wird. Es sollen Ursachen benannt und bekämpft werden. Die Mitarbeitenden haben ebenso Erwartungen an die Führung. Denn die soll Kolleginnen und Kollegen

nicht pauschal verdächtigen und die Unschuldsumvermutung bis zur beweiskräftigen Feststellung der Schuld hochhalten. Das schließt ein substantielles Interesse an der konsequenten Verfolgung von Verdachtsfällen und von Tätern in den eigenen Reihen keinesfalls aus.

Und: Was erwartet die „zivil führende“ Politik von polizeilicher Führung? Eingefordert wird jedenfalls, dass Entgleisungen, strafrechtlich relevant oder nicht, erst gar nicht entstehen, geschweige denn zugelassen werden.

Gute Führung ist ...

... gleichermaßen erfolgreich wie ethisch. Während sich der Erfolg auf das Erreichen polizeilicher Ziele konzentriert, verweist die

Ethik auf ein Führungsverhalten, das darüber hinaus gehenden Erwartungen, Interessen, Werten und Zielen gerecht werden will. Hierunter fallen im Engeren die „Zufriedenheitsziele“ der Geführten oder im Weiteren ein Handeln gemäß Werten aufgrund verfassungsrechtlicher wie gesetzlicher Grundlagen sowie anerkennungswürdiger gesellschaftlicher Normen.

Neue Wege

Das historisch gesehen bewährte Kooperative Führungssystem (KFS) bedarf einer dringenden Weiterentwicklung. Innerhalb des KFS ist dies nicht mehr zu leisten. Gute Führung in der Polizei muss zeitgemäßer gedacht werden. Erfolg muss unter allen Umständen mit Ethik verbunden sein. Das Polizeiliche Führungsmodell (PFM) integriert sinnvolle KFS-Elemente, durchdrungen ist es jedoch von einer Entwicklungsperspektive. Polizei denkt also nach vorn. Sie verschreibt sich der Entfaltung der Potenziale ihrer Führungskräfte wie Mitarbeitenden. Die aufgrund sich wandelnder gesellschaftlicher Prozesse notwendigen Entwicklungen ihrer Organisation behält die Polizei dabei im Blick.



Was Sie zur Corona-Schutzimpfung **wissen** müssen.

1.

Wer kann jetzt geimpft werden?

Zuerst werden Menschen mit hohem Risiko eines schweren oder tödlichen Verlaufs einer COVID-19-Erkrankung geimpft – zum Beispiel besonders gefährdete Menschen oder Personal in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, das einem hohen Ansteckungsrisiko ausgesetzt ist. Sobald mehr Impfstoff zur Verfügung steht, sollen nach den Personengruppen mit der höchsten Priorität die Personengruppen mit der hohen und dann mit der erhöhten Priorität geimpft werden und danach alle Bürgerinnen und Bürger einen gleichberechtigten Zugang zur Corona-Schutzimpfung erhalten.

2.

Wann kann ich mich impfen lassen?

Die Impfberechtigten werden in den Bundesländern entweder per Brief oder über die Öffentlichkeitsarbeit und regionale Presse informiert. Im Zweifel lassen Sie sich von Ihrer Hausärztin oder Ihrem Hausarzt beraten.

3.

Wie vereinbare ich einen Termin?

In der Startphase findet die Corona-Schutzimpfung in Impfzentren und mit mobilen Impfteams statt. Wie die Impftermine vergeben werden, regelt jedes Bundesland für sich.

4.

Wie läuft die Impfung ab?

Zum vereinbarten Impftermin finden Sie sich bitte mit Ausweis, Terminbestätigung, Impfpass und gegebenenfalls einem ärztlichen Zeugnis oder einer Arbeitgeber:innenbescheinigung in Ihrem Impfzentrum ein. Falls Sie wichtige Unterlagen wie einen Herzpass, einen Diabetikerausweis oder eine Medikamentenliste besitzen, bringen Sie diese bitte ebenfalls mit. Nach Prüfung Ihrer Impfberechtigung und einer ärztlichen Aufklärung werden Sie von qualifiziertem Personal geimpft. Bitte versäumen Sie danach nicht Ihren Folgetermin.

5.

Muss ich nach der Impfung noch eine Maske tragen und mich an die AHA-Regeln halten?

Eindeutig ja. Die bestehenden Empfehlungen (AHA-Regeln) und Einschränkungen zum Infektionsschutz gelten für alle weiter. Man weiß zurzeit nicht, ob Geimpfte dennoch das Virus weitertragen können.

**Zusammen
gegen Corona**



Jetzt informieren!
Tel. 116 117

**DEUTSCHLAND
KREMPelt DIE
#ÄRMELHOCH**
CORONA-SCHUTZIMPfung.DE



Das Autorentrio

nahm in der zweiten Auflage seines Buches „Polizeiliche Führungslehre“ (Thielmann, G., Weibler, J. & Model, T. (2020); *Polizeiliche Führungslehre. Gestaltung einer zeitgemäßen Führung*. Hilden: VDP) aktuelle und künftige Herausforderungen für Führungskräfte der Polizei auf und formulierte Handlungsansätze für zeitgemäßes Führungsverhalten. Das „Polizeiliche Führungsmodell“ wird dort ausführlich begründet.

Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH, 247 Seiten, ISBN 978-3-8011-0877-9

Stärken und schützen

Gute Führungskräfte der Polizei stärken die demokratische Resilienz der Mitarbeitenden und minimieren Radikalisierungsgefahren. Das neue Polizeiliche Führungsmodell (PFM) definiert Ethik, Werte und Haltung als die Basis allen polizeilichen Handelns. Zwingend ist, dass die von Polizeiorganisationen verfolgten Ziele untrennbar daran gekoppelt sind. Ethische Grundsätze und Wertmaßstäbe sind in den Vordergrund zu rücken, wenn es gilt, ein gemeinsames Führungsverständnis zu entwickeln.

Ziele polizeilicher Führung

Die Arbeit der Polizei ist durch die Bindung an Recht und Gesetz sowie durch die Verknüpfung mit dem Grundgesetz zum einen formal und klar an sogenannte Terminal- und die darauf bezogenen Dienstwerte geknüpft. Für eine Gemeinschaft wie die polizeiliche Organisation sind diese Terminalwerte absolut gesetzt und entziehen sich prinzipiell einer Nutzenabwägung. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen ist ein solcher Grundwert, ebenso wie das Recht auf die freie Entfaltung der Persön-

lichkeit oder die Gleichheit von Menschen, auch und gerade vor dem Gesetz.

In Abgrenzung dazu kommen „Dienstwerte“ durch Abwägung zustande. Diese stellen ein Übereinkommen zwischen den Menschen dar, was zu- oder abträglich für die Organisation, ihre Menschen und ihr Handeln nach außen ist. Sie sind damit eine begründbare Zweck-Mittel-Relation.

Wie also sind die Dienstwerte am besten zu erreichen? Ein Beispiel ist der Dienstwert Respekt. Verwirklicht wird dieser unter anderem durch die jeder Person zustehende Ansprache in vorurteilsfreier, verbindlicher und möglichst freundlicher Art und Weise. Bezogen wird sich in diesem Fall auf den Terminalwert „Würde des Menschen“.

Vorbeugen und entscheiden

Führungsaufgabe ist es, fehlgeleiteten und womöglich gänzlich relativierenden Interpretationen vorzubeugen. Es könnte ja eine Überzeugung entstehen, dass zum Beispiel dem Terminalwert der „Unantastbarkeit der Würde“ nur im vollen Umfang zu folgen sei, wenn die anderen der eigenen Gemeinschaft angehörten. Bei zwar identischen Terminalwerten nähmen sich dann die Dienstwerte unterschiedlich aus. Ein Beispiel: Entwe-

der eine Härte zeigende (nicht die eigene Bezugsgruppe) oder im Gegenteil eine deeskalierende Strategie und Taktik zur Durchsetzung der Ordnung (eigene Bezugsgruppe) jenseits begründeter fachlicher Abwägungen. Zu beachten ist, dass selbst die Mittel, die zur Anwendung unproblematischer Terminalwerte eingesetzt werden, problematisch sein können. Beispielsweise beim rigorosen Einsatz unmittelbaren Zwangs, um das Wahrnehmen eines Grundrechts – ohne das Abwägen anderer Grundrechte – vorbehaltlos zu ermöglichen.

Zwar ist das Verhalten immer eine Entscheidung des Einzelnen und damit seiner Verantwortung zuvorderst unterliegend (Individualethik), doch findet diese nicht in einem luftleeren Raum statt. Jeder Einzelne ist durch seine Anbindung an die Organisation (und faktisch der Einheit, in der der Dienst verrichtet wird) beeinflusst und prägt diese wiederum durch sein Verhalten selbst ein Stück weit mit. Damit rückt das ethische Verständnis der Organisation, verkörpert durch ihre obersten und oberen Führungskräfte, selbst in den Vordergrund. Beides im Blick zu haben und die Bedeutung jedweden Verhaltens für das eigene Berufsbild zu erkennen und diesem im praktischen Polizeidienst zu entsprechen, ist ein wesentlicher Teil des Führungsverhaltens, das im PFM erwartet wird.

Schichtmodell des Polizeilichen Führungsmodells (PFM)

nach Thielmann, G., Weibler, J. und Model, T. (2020)



Fast zu schnell, um wahr zu sein: 5G-Geschwindigkeit¹

Der Spaß
kann
beginnen

Apple iPhone 12

mit 64 GB in Schwarz oder Weiß

A14 Bionic, der schnellste Chip in einem Smartphone. Ein All-Screen OLED Display. Der Ceramic Shield mit einer viermal besseren Sturzfestigkeit. Und Nachtmodus bei jeder Kamera.

statt ~~669,95 €~~ für **499,95 €**

im Tarif Business Mobil S mit Smartphone²

statt ~~569,95 €~~ für **399,95 €**

im Tarif Business Mobil M mit Smartphone³

statt ~~469,95 €~~ für **299,95 €**

im Tarif Business Mobil L mit Smartphone⁴



Informieren lohnt sich!

- Ihre Vorteilsnummer: **MA023**
- Service-Hotline: **0800 3300 34531**
- E-Mail: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de

Mehr Karten – mehr sparen!

Die Business Card S für Sie und Ihre Familie: monatlich **schon ab 22,76 €⁵** mit 9 GB Datenvolumen, 5G-Option, Telefonie- und SMS-Flat!

Das Angebot ist gültig für Berechtigte im Rahmenvertrag MA023. Ein Angebot für alle Neu- und Bestandskunden. Der Bereitstellungspreis von 29,95 € entfällt. Das Angebot ist bis zum 30.04.2021 gültig. Mindestvertragslaufzeit 24 Monate. Im monatlichen Grundpreis der Business Mobil Tarife S, M und L sind eine Telefon- und eine SMS-Flatrate in alle dt. Netze enthalten. 1) Maximal verfügbare LTE-Geschwindigkeit ist u. a. abhängig vom Endgerätetyp und Netzausbaugebiet. Glasfaser und 5G werden kontinuierlich ausgebaut und sind bereits an vielen Orten verfügbar. Informationen zum Netzausbau und zur jeweiligen örtlich verfügbaren Mobilfunk-Technologie erhalten Sie unter www.telekom.de/netzausbau. 2) Monatlicher Grundpreis 41,56 € (mit Handy). 6 GB + weitere kostenlose 3 GB Highspeed-Volumen mtl., LTE Max und 5G. EU-Roaming inkl. Schweiz und Großbritannien. 30 Inklusivminuten von Deutschland ins Ausland (Ländergruppe 1). StreamOn Music Business, StreamOn Gaming Business, International 50, One Number und Business VoiceMail können kostenlos zugebucht werden. 3) Monatlicher Grundpreis 50,36 € (mit Handy). 12 GB + weitere kostenlose 6 GB Highspeed-Volumen mtl., LTE Max und 5G. EU-Roaming inkl. Schweiz und Großbritannien. 60 Inklusivminuten von Deutschland ins Ausland (Ländergruppe 1). StreamOn Music & Video, StreamOn Gaming Business, One Number, Business VoiceMail und 1 MultiSIM können kostenlos zugebucht werden. 4) Monatlicher Grundpreis 58,36 € (mit Handy). 24 GB + weitere kostenlose 12 GB Highspeed-Volumen mtl., LTE Max und 5G. EU-Roaming inkl. Schweiz und Großbritannien. 120 Inklusivminuten von Deutschland ins Ausland (Ländergruppe 1). StreamOn Music & Video, StreamOn Gaming Business, StreamOn Social & Chat Business, One Number, Business VoiceMail und bis zu 2 MultiSIM können kostenlos zugebucht werden. 5) Voraussetzung ist ein bestehender Business Mobil Telekom Mobilfunk-Laufzeitvertrag. Weitere Tarifinformationen erhalten Sie von der Service-Hotline. Änderungen und Irrtümer vorbehalten. Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn

In Kooperation mit



GdP-Plus Partner



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

Die Abbildung auf Seite 14

stellt die vier PFM-Handlungsfelder dar:

Vorbild, Wertschätzung, Entwicklung und Motivation – diese zusammengehalten durch angemessenen Kommunikation.

Sich der Wirkung klar sein

Das Handlungsfeld „**Vorbild**“ verdeutlicht, warum sich Führungskräfte der Wirkung ihres Verhaltens auf Mitarbeitende bewusst sein müssen und worauf im Besonderen zu achten ist. Lassen Führungskräfte erkennen, dass sie nicht gewillt oder in der Lage sind, zum Beispiel gegen rechtsradikale Tendenzen in einer Dienststelle vorzugehen, führt dies leichter zu permissiven, nachlässigen Einstellungen von nachgeordneten Beschäftigten. Im positiven Fall – es werden also sowohl präventive als auch repräsentative Handlungen der Führungskraft wahrgenommen – wird die demokratische Resilienz gestärkt. Durchaus würden Mitarbeitende den Mut finden, offensiver zu agieren und beispielweise ein Fehlverhalten von Kollegen oder Kolleginnen ansprechen.

Im Handlungsfeld „**Wertschätzung**“ kommt es darauf an, Einzelne in ihren Persönlichkeiten ernst zu nehmen. Wechselseitiges Vertrauen trägt Führungsbeziehungen, „blindes Vertrauen“ ist damit ausdrücklich nicht gemeint. Führungskräfte müssen ihrer Kontrollfunktion gerecht werden. Sie benötigen einerseits Sensibilität wie andererseits Entschlossenheit. Menschen, selbstredend auch die mit anderen Auffassungen, ist grundsätzlich mit Respekt als Ausdruck der Wertschätzung zu begegnen. Eine andere Meinung zu respektieren heißt ja nicht, diese zwangsläufig zu akzeptieren. Diese Grenze ist spätestens dann erreicht, wenn strafbares oder disziplinarwürdiges Verhalten vorliegt. In diesen Fällen muss die Führungskraft ihrer Pflicht zur Dienstaufsicht nachkommen, aber weiterhin respektvoll agieren.

Im Handlungsfeld „**Entwicklung**“ (der Mitarbeitenden) besteht die Chance und Notwendigkeit, strukturelle Bedingungen, die die Anfälligkeit für Fehlverhalten erhöhen könnten, zu minimieren. Das gilt beispielsweise für den permanent belastenden Umgang mit straffälligen Gruppen oder für Abschottungstendenzen spezieller Einheiten.

Die Vielfalt polizeilicher Aufgaben sollte erlebbar sein. Das Gewährleisten individueller Aus- und Fortbildung bewirkt Entfaltungschancen für jeden Einzelnen, was eine im doppelten Wortsinne positive Bildung eines zeitgemäßen Berufsethos darstellt.

Beim Handlungsfeld „**Motivation**“ liegt die Herausforderung für Führungskräfte darin, die Sinnhaftigkeit polizeilicher Arbeit auch bei Aufträgen zu vermitteln, die heftig diskutiert werden oder geringe Anerkennung finden. Sei es der wiederholte Einsatz an Brennpunkten mit straffälligen Personengruppen, die gesetzmäßige Gewährleistung der Ausübung von Grundrechten durch demokratiefeindliche Kräfte bei Versammlungen, die Räumungen von il-

legal besetzten Geländen oder Objekten, deren Besetzer Rückendeckung in der Gesellschaft haben oder besonders herausfordernd aufgrund enttäuschter Erwartungen das Offenlegen und Anzeigen von dienstlichem Fehlverhalten oder extremistischen Einstellungen von Kolleginnen und Kollegen. Die Kenntnisse über das Zusammenspiel von expliziten wie impliziten Motiven und subjektiven Fähigkeiten – und damit das Erreichen einer optimalen Motivation eines Menschen – sind grundlegend für Führungskräfte und Voraussetzung für entsprechendes Handeln.

Zu weit würde es hier führen, die mit den Grundsätzen des Führungsmodells korrespondierende Kommunikation als Wirkkraft detailliert vorzustellen.

Gerd Thielmann

war bis 2015 Vizepräsident der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) und gilt als internationaler Experte für „Leadership“ und „Police Education“.

Jürgen Weibler

ist ordentlicher Professor für Betriebswirtschaftslehre an der FernUniversität Hagen und Gründungs-senator der DHPol.

Thomas Model,

Leitender Polizeidirektor, ist Leiter der Akademie der Polizei Hamburg mit vielfältiger Führungspraxis und langjähriger Erfahrungen als Dozent für Führungslehre sowie Personalmanagement.

Auseinandersetzen

Gerade, wenn Führungshandeln komplexer wird, müssen sich Führungskräfte verstärkt mit dem Menschen, dessen individuellen Arbeitsbedingungen und der Fortentwicklung einer lernenden, digitaler werdenden Organisation auseinandersetzen. Angemessene Kommunikation ist dabei ein entscheidendes Zauberwort. Der neugestaltende Ansatz des „Polizeilichen Führungsmodells“ gibt darauf anregende und umsichtige Antworten auf damit verbundene Führungsfragen. ■

Was zu beachten bleibt

- Die Einführung eines wie auch immer gestalteten zeitgemäßen Führungsmodells in der Polizei generiert sicher kurzfristige Erfolge, bedarf aber zur vollständigen Wirkung Zeit. Für eine Krisenbewältigung ist es insofern nützlich, als es die Richtung der notwendigen Änderungen beschreibt und Begründungen dafür liefern kann.
- Ein Führungsmodell sollte breit in der Polizei besprochen und vermittelt werden, auch um Klarheit über Interpretationsspielräume zu schaffen. Dennoch gilt: Kein Führungsmodell suspendiert die eigene Verantwortung bei dilemmatischen Güterabwägungen. Jedes Führungsmodell wendet sich auch an Mitarbeitende, die dies ebenfalls kennen und verinnerlichen sollten, denn Führung findet immer in einer Führungsbeziehung statt und jeder muss seinen Teil zum Gelingen beitragen.
- Ohne eine Festlegung der Grundlagen und Eckpunkte einer gewünschten und langfristigen, aber flexiblen Führungsphilosophie, unter anderem formuliert in Führungsgrundsätzen oder -prinzipien und verankert in Curricula, wird eine Nachhaltigkeit nicht erreicht.

100 JAHRE



Gewerkschaft
der Polizei

BB
Bank
Better Banking

Das junge Girokonto für Berufsstarter.¹

Extrem flexibel.
Auch auf lange Sicht.

- ✓ **50,- Euro Startguthaben für GdP-Mitglieder**
- ✓ **0,- Euro fürs Girokonto¹**
Kostenfrei enthalten:
Kontoführung und girocard
(Ausgabe einer Debitkarte)¹
- ✓ **Weltweit gebührenfrei²
Geld abheben**
mit der **kostenfreien Visa DirectCard²**
(Ausgabe einer Debitkarte)



On top:
100,-^{Euro}
Jubiläumsbonus
für Berufsstarter³



Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 0721 141-0
oder auf www.bbbank.de/gdp



www.bbbank.de/termin

Folgen Sie uns



¹Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstarter. ²36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Voraussetzung: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied, Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren bonitätsabhängig möglich. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a., Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) 18,- Euro p. a. ³Voraussetzungen: Eröffnung BBBank-Junges Konto zwischen dem 01.02. und dem 31.03.2021, Neumitglied ab 18 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, keine Mitgliedschaft in den letzten 6 Monaten.

JUNGE GRUPPE (GdP) MIT NEUER SPITZE

Polizei erklären und nachvollziehbar machen



Martin Meisen ist neuer Bundesjugendvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Der Bundespolizist folgte auf den Hamburger Niels Sahling, der das Amt aus privaten Gründen niederlegte. DP sprach mit Meisen über den Puls der Jugend, den Generationenwechsel und die künftige Rolle digitaler Medien.

Michael Zielasko

DP: Lieber Kollege Meisen, zunächst herzlichen Glückwunsch zu deinem neuen Amt als GdP-Bundesjugendvorsitzender. Was fühlt sich für dich jetzt anders an?

Martin Meisen: Danke erst einmal. Die Verantwortung ist eine andere. Als Stellvertreter hat man keinesfalls weniger Arbeit, aber als Vorsitzender ist man in letzter Konsequenz für die JUNGE GRUPPE (GdP) verantwortlich und immer im Fokus.

DP: Deine Amtsperiode dauert noch rund ein Jahr. Zeit genug, Dinge voranzubringen?

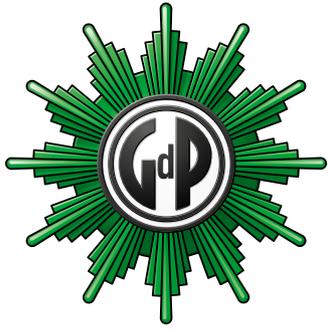
Meisen: Natürlich laufen einige Dinge bereits. Unsere Kampagne „Grundgesetz. Unsere Verantwortung“ wirft gerade erste Früchte ab. So kommen wir Anfang März mit dem Brandenburger Innenminister Michael Stübgen ins Gespräch. Zudem stehen für 2021 die nächste International Police Youth Conference (3. IPYC) und ein Symposium zu den ersten „Zehn Jahren in der Polizei“ auf der Agenda. Und unsere gute Arbeit innerhalb der DGB-Jugend wollen wir im Herbst auf der Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) manifestieren.

DP: Als GdP-Personengruppe rückt ihr die Bedürfnisse junger Polizeibeschäftigter in den gewerkschaftspolitischen Vordergrund. Wie fühlt ihr deren Puls?

Meisen: Das geschieht durch die große Stärke der GdP – unser Netzwerk. Unsere Verzweigungen bis auf die kleinste Dienststelle zu Kolleginnen und Kollegen geben uns ein Gesamtbild der JUNGE GRUPPE-Mitglieder. Aktuell erfahren wir es sehr stark, da uns die Kolleginnen und Kollegen klar spüren lassen, dass Sie mit der neuen Polizeidienstvorschrift (PDV) 300 nicht einverstanden sind. Diese bleibt hinter den Erwartungen an einen modernen öffentlichen Dienst zurück. Wir spüren den Puls also sehr deutlich.

DP: Ist es in Coronazeiten nicht schwieriger geworden, mit Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen?

Meisen: Tatsächlich mussten auch wir uns etwas schütteln und anpassen. Uns kommt zugute, dass unsere jungen Mitglieder den sozialen Medien zugewandt sind und uns auf diesem Wege schon vor Corona erreichten. Was zu kurz kommt, ist definitiv der persönliche Kontakt, sei es in Veranstaltungen



GdP-Plus Partner

Dein schnellster Weg zu attraktiven Angeboten

Das GdP-Plus Partner-Programm der GdP

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie. Wir bieten Dir gemeinsam mit unseren starken GdP-Plus Partnern große Vorteile in Form besonders attraktiver Angebote*.



Nutze den
Easy-Login!
www.gdp.de
> GdP-Plus

Hast Du Fragen oder Anregungen?

Dann schreib uns eine E-Mail
oder ruf an. Reinhard Kaufmann
hilft Dir gerne weiter.

E-Mail gdp-plus@gdp.de

Telefon 0211 7104 250



ERLEBEN, WAS VERBINDET.



Willkommen
in der GigaRepublik



Ihre Vorteile
als GdP-Mitglied



Aufsatteln.
Fertig. Los.



Beschaffung. Einfach.
Schnell. Umfassend.



Konditionen
kurz vor kriminell



Elektromobilität
ist unsere Mission

*Bitte beachtet hierbei, dass Euer Vertragspartner das jeweilige Unternehmen ist!



Bei den durch die Amtsniederlegung des ehemaligen Bundesjugendvorsitzenden notwendig gewordenen Nachwahlen Ende Januar rückte Christian Ehringfeld (l.) aus dem Bezirk Bundeskriminalamt zum Bundesjugendvize auf. Dessen Schriftführeramts übernimmt der Bremer Jannik Wessels, der zum ersten Mal in den Geschäftsführenden Bundesjugendvorstand (GBJV) gewählt wurde.

Foto: iStock, Jörg Fajny/retics, Robbe

oder Gremiensitzungen. Das ist eine andere Qualität als visuelle Formate. Jedenfalls haben wir ein erstes Webinar umgesetzt, das auf viel Anklang stieß und noch dieses Jahr fortgeführt und ausgebaut werden wird.

DP: Welche Themen stehen bei jungen Polizeibeschäftigten ganz oben? Was ist für sie morgen wichtig?

Meisen: Getrieben durch die Pandemie steht das selbstbestimmte Arbeiten stark im Fokus. Die Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf ist den jungen Kolleginnen und Kollegen auch ohne familiäre Verpflichtungen ein großes Anliegen. Gepaart damit stellt sich die Frage, wie mobiles Arbeiten ausgestaltet werden sollte. Dies ist im Kontext von Sicherheitsaufgaben eine besondere Frage, da die Anforderungen an die „IT“ durchaus hoch sind. Als sehr wichtiges Thema treibt nicht nur die jungen Polizeibeschäftigten, sondern alle, die gesellschaftliche Debatte um rassistische Strukturen innerhalb der Polizei und unabhängige Kontrollinstanzen um. Hier müssen wir uns als GdP insgesamt stark einbringen.

DP: Wie wollt ihr als JUNGE GRUPPE diese Themen begleiten?

Meisen: Seit dem letzten Bundeskongress sind wir in den GdP-Bundesfachausschüssen vertreten, was uns die Möglichkeit gibt, unsere Standpunkte und Ideen einzubringen und in Gesamtpositionen der Organisation einfließen zu lassen. Die Sicht der Polizei in der Gesellschaft wollen wir ak-

tiv begleiten und raus aus einer defensiven Haltung. Wir gehen auf unsere Schwestergewerkschaften zu sowie auf die Jugendorganisationen der Parteien. Wir erklären Polizei und machen sie nachvollziehbar. Das schafft Akzeptanz. Nur so werden wir auch künftig das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizeien konstant erhalten. Dazu starten wir im Bundesjugendvorstand eine umfassende Debatte und finden eine Position. Im Rahmen der IPYC wollen wir zudem Erfahrungen aus anderen europäischen Polizeien einholen.

DP: Wie groß soll die Rolle digitaler Medien und Plattformen ausfallen?

Meisen: Stand jetzt planen wir die IPYC als Hybridformat durchzuführen. Das wird für uns ein Novum, kann aber auch eine Blaupause für die Zukunft darstellen. Wie erwähnt, wollen wir Webinare ausbauen, um schneller und zeitlich flexibler mit den Kolleginnen und Kollegen in Kontakt zu kommen. Als Kontaktplattform zur Aktivierung dienen die sozialen Medien. Unsere Aktiven machen hier eine hervorragende Arbeit, in dem Sie die Mitglieder mit kreativen Ideen an unsere Kanäle binden.

DP: Heißt jung zu sein, digital unterwegs zu sein?

Meisen: Vielleicht heißt es das heute, weil die aktuelle Generation generell digital aufwächst, aber morgen, spätestens übermorgen wird es heißen: Am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, heißt digital zu sein. Die digitale Revolution ist keine Dystopie. Es ist eine Entwicklung voller Möglichkeiten, Teile des Privatlebens und der Arbeitswelt positiv zu beeinflussen. Wir müssen als Gewerkschaftsjugend die Digitalisierung möglichst positiv mitgestalten. Wir sehen definitiv mehr Chancen als Gefahren.

DP: Sorgt die digitale Lage der Polizei eher für Ernüchterung oder Aufbruchstimmung?

Meisen: Da habe ich gemischte Gefühle. Zum einen blicke ich der IT-Konsolidierung Bund und dem Prestigeprojekt „Polizei2020“ mit viel Hoffnung entgegen, aber bin mir ob der Umsetzung noch unklar. Wir sind auf dem richtigen Weg, aber es wird eine große Herausforderung. Umso wichtiger, dass wir als GdP mit der IT-Kommission – eine Initiative der JUNGEN GRUPPE (GdP) – nah an dem

Thema sind, denn die Digitalisierung wird den Polizeiberuf maßgeblich verändern.

DP: In der Polizei steht ein Generationenwechsel an, die Pensionswelle rollt: Chance oder Herausforderung?

Meisen: Sowohl als auch. Das Schöneberger Forum 2019 zeigte mit seinem Forum „Ey! Alter Sack – Ey Jungspund“, dass Erfahrung und jugendliche Impulse kanalisiert werden müssen, um Synergien zu erzeugen. Trotzdem stelle ich fest, jetzt ist die Chance die Polizei, auch auf die heutige Zeit zu setzen. Dazu braucht es neue Anstöße jüngerer Führungskräfte. Gleiches gilt für die GdP, die einen vergleichbaren Umbruch vollziehen muss. Für beide eine klare Chance.

DP: Was muss sich bei Gewerkschaften ändern, dass mehr junge Menschen ihre Chance erkennen und ergreifen, von dort aus politische Arbeit zu leisten?

Meisen: In erster Linie müssen sich die Rahmenbedingungen ändern. Eine weitere Forderung von uns ist die Stärkung und Förderung des Ehrenamtes. Gewerkschaftsmitglieder und insbesondere die aktiven müssen besser geschützt werden. Es darf zu keinen Benachteiligungen kommen. So wollen wir auch mit dem Geschäftsführenden und dem GdP-Bundesvorstand ins Gespräch kommen, was wir als GdP tun können, um das Ehrenamt attraktiv zu machen. Das ist auch eine Gesamtaufgabe des DGB, denn in den Schwestergewerkschaften ist die Lage ungleich schwieriger. Letztlich müssen wir die richtige Ansprache finden, um Kolleginnen und Kollegen zu verdeutlichen, warum es wichtig ist, dass man sich engagiert. Es gilt, gemeinsame Werte zu finden. Da werden wir nach neuen Methoden suchen müssen.

DP: Wenn du einen Wunsch für die jungen Polizeibeschäftigten frei hättest, der sofort erfüllt würde, welcher wäre es?

Meisen: Die Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden.

DP: Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg für deine Amtszeit.

ANZEIGE

THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % %

Informieren Sie sich! % % %

Telefon: (02207) 76 77 % % %

www.fahrzeugkauf.com

Im Gespräch

DP-Interviewpartner Dr. Dirk Götting, im Polizeivollzugsdienst seit 1977, hat nebenberuflich Geschichte und Politikwissenschaft studiert. Er leitet die Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte an der Polizeiakademie Niedersachsen und zeichnet verantwortlich für das Projekt „Polizeischutz für die Demokratie“.

PATENSCHAFT FÜR DEMOKRATIE

Ohne Polizei keine Freiheit

DP-Gesprächspartner Dr. Dirk Götting über die wesentlichen Kennzeichen einer demokratischen Polizei, die mentalen Gefahren des Dienstes, eruptive Entwicklungen und Aufbruchstimmung.



Foto: privat

Michael Zielasko

DP: Herr Dr. Götting, in Niedersachsen wird die Demokratie unter Polizeischutz gestellt. Warum ist das notwendig?

Dr. Dirk Götting: Ohne Polizei keine Freiheit – so knapp und direkt möchte ich das auf den Punkt bringen.

DP: Und das „Ohne“-Szenario?

Dr. Götting: Jede und jeder von uns in der Polizei kann sich unschwer vorstellen, was passieren würde, wenn wir unsere Aufgaben im Rahmen öffentlicher Proteste nicht mehr wahrnehmen würden. Durch die Gewalt des physisch Stärkeren würden sich politische Auseinandersetzungen schnell zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen auswachsen. Die Freiheitsrechte der Menschen blieben auf der Strecke, würden ihren Sinn und ihre Bedeutung verlieren.

DP: In anderen Ländern gelten Polizeien freundlich ausgedrückt als „starker Arm“ der Regierungen?

Dr. Götting: Hier sicherlich nicht. Denn wir schützen und garantieren durch unseren Einsatz die Freiheitsrechte der Menschen. Das ist eine für Polizeien in der Welt ziemlich einmalige Aufgabe. Aber das ist das wesentliche Kennzeichen einer demokratischen Polizei. Und wir sind eine. Wir nehmen die Freiheitsrechte der Menschen sehr ernst. Dieser Einsatz ist aber keine Einbahnstraße. Auch wir können nur eine demokratische Polizei sein, wenn um uns herum die freiheitliche Demokratie funktioniert. Das eine ist vom anderen nicht zu trennen. So bedeutet Polizeischutz für die Demokratie immer auch Selbstschutz für uns - die demokratische Polizei.

DP: Sie bilden Demokratie-Patinnen und -Paten aus. Was ist deren Aufgabe?

Dr. Götting: Toleranz und das Akzeptieren anderer Meinungen, der konstruktive demokratische Austausch. Das hat unmittelbar etwas mit der eigenen Haltung und Einstellung zu tun. Für uns in der Polizei bedeutet dies, dass wir eine demokratische Polizeikultur lernen und leben müssen. So etwas kann nicht angeordnet werden, da helfen keine Vorschriften, kein Erlass und kein Gesetz. Es geht darum, Menschen in der Polizei zu unterstützen und zu fördern, die persönlich bereit sind, sich für eine gelebte freiheitliche und demokratische Polizeikultur einzusetzen.

DP: Wie machen Sie das?

Dr. Götting: Wir bestärken diese Menschen in ihrer Haltung, vernetzen sie und helfen ihnen mit einem speziellen Fortbildungsprogramm, die eigenen demokratischen Kompetenzen zu erweitern. Diese Initiative wird



getragen durch ein neues strategisches Ziel der Polizei Niedersachsen, das Bewahren und Stärken des demokratischen Selbstverständnisses der Polizeiangehörigen. Durch die starke Unterstützung, die wir dabei erfahren, aus der GdP heraus und aus dem Bereich der Personalvertretungen, ist es gelungen, über 80 Polizeiangehörige zu gewinnen, die sich in einem ersten Schritt zu Strategiepattinnen oder -paten für Demokratie qualifizieren lassen.

DP: Was heißt das konkret?

Dr. Götting: Idealerweise bilden zwei Personen ein Tandem innerhalb einer Polizeiinspektion, eine aus dem Bereich der Personalvertretungen und eine mittlere Führungskraft. Gemeinsam mit diesen hoch engagierten Menschen entwickeln wir im Rahmen der Qualifizierung diverse Projektideen zur Stärkung des demokratischen Selbstverständnisses. Das können im Zusammenwirken mit der Polizeiakademie kleine Bildungsveranstaltungen sein wie der Umgang mit Populismus oder argumentative Hilfestellungen für Einsatzkräfte bei Anti-Corona-Maßnahmenprotesten. Aber auch der Kontakt und der Informationsaustausch mit speziellen gesellschaftlichen Gruppen soll dazu beitragen, die Polizei stärker zu öffnen und die interkulturelle Kompetenz zu fördern. Der Kreativität und Fantasie sind bewusst keine Grenzen gesetzt. Wir vertrauen auf uns selbst – auf uns Menschen in einer selbstlernenden Organisation, die sich als Teil einer hochdynamischen demokratischen Gesellschaft verstehen.

DP: Sie sprechen in einem Beitrag über die mentalen Gefahren des Dienstes an den Bruchkanten der Gesellschaft. Was kratzt denn da an der Demokratiefestigkeit der Kolleginnen und Kollegen? Würde nicht beispielsweise eine regelmäßige Supervision der Einsatzkräfte ausreichen?

Dr. Götting: Ich könnte jetzt sagen, warten wir doch die Ergebnisse der großen Polizeistudie ab. In der Februar-DP wurde sie kurz vorgestellt, und sie soll ja die Alltagssituation von Kolleginnen und Kollegen untersuchen sowie Handlungsempfehlungen erarbeiten. Ich bin mir sehr sicher, dass Supervision in diesen Handlungsempfehlungen eine wichtige Rolle spielen wird. Das ist gut so, denn die Konfrontation mit sozialem Elend, aber auch die Provokation durch

Kriminalität und die Gewalterfahrungen im täglichen Dienst, die machen etwas mit den Menschen in der Polizei.

DP: Sie sprechen aus Erfahrung?

Dr. Götting: Ich habe noch heute Bilder und Ereignisse aus meinem Einsatz- und Streifen dienst im Kopf, die so bewegend und erschreckend waren, dass sie sich praktisch in mein Gedächtnis eingebrannt haben. Deshalb ist es richtig, dass diese Bundesstudie zu Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamten Unterstützung durch die GdP erfährt. Diese Studie wird uns in vielen Bereichen belastbare Zahlen, Daten und Fakten bringen. Aber ich frage mich auch, ob wir wirklich erst auf wissenschaftliche Ergebnisse warten müssen, um uns selbst und die gesamte Polizei im Themenfeld demokratische Widerstandskraft und Demokratiekompetenz zu stärken?

DP: ... also aus der passiven Haltung herauskommen?

Dr. Götting: Wir sind eine demokratische Polizei, und wir können schon jetzt aus uns selbst heraus mit der demokratischen Vitalisierung unseres beruflichen Lebens beginnen. Damit möchte ich nicht den Sinn wissenschaftlicher Studien infrage stellen. Im Gegenteil, in einer freiheitlichen Demokratie hat die Öffentlichkeit ein Recht und sogar die Pflicht, den Gewaltträger im Staat kritisch zu hinterfragen. Aber genauso haben wir als Polizei das Recht und die Pflicht, uns selbstbewusst der Polizeikritik zu stellen und darauf zu reagieren. In unserem Projekt „Polizeischutz für die Demokratie“ führen wir hoch engagierte Kolleginnen und Kollegen zusammen, die ein breites Altersspektrum ebenso abbilden wie einen weiten Funktionsbereich und viel Erfahrungswissen. Daraus können wir selbst Handlungsempfehlungen erarbeiten, die uns in unserem demokratischen Selbstverständnis stärken. So funktioniert für mich gelebte demokratische Polizeikultur.

DP: Sie haben im Sommer 2019 auf dem Rechtspopulismus-Forum der GdP in Berlin nachdrücklich das Erfordernis einer größeren Widerstandsfähigkeit der Polizeibeschäftigten, eine Stärkung der demokratischen Resilienz, angesprochen. Wie bewerten Sie die aktuelle Lage?

Dr. Götting: Ich danke Ihnen für diese Frage. Wir sind eine demokratische Polizei und unterscheiden uns damit von anderen Polizeien dieser Welt. Wir verfügen über historische Erfahrungen mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aus der NS-Zeit, die so keine andere Polizei erlebt hat. Wir stellen uns der sich daraus ergebenden Verantwortung. Wir haben demokratische Strukturen entwickelt in Form von freien Gewerkschaften und der Mitbestimmung. So etwas ist mit Blick auf die Polizeien dieser Welt alles andere als selbstverständlich. Und spätestens nach der Brokdorf-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts haben wir Garantienpflichten im Versammlungsrecht zugesprochen bekommen, die weltweit einmalig sein dürften. Wir genießen – trotz aller Polizeikritik – einen hohen Vertrauensspruch aus der Bevölkerung, der sowohl historisch wie auch international seines gleichen sucht. Wir verzeichnen einen der qualitativ höchsten Bildungsstände in der Polizei, und für uns ist Diversität auf allen Ebenen selbstverständlich. Zwar bietet dieses demokratische Anderssein keinen absoluten Schutz gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, politischen Extremismus und den Missbrauch von Gewalt. Aber diese einmalige demokratische Entwicklung macht uns in einem gewissen Maße grundresistent gegen demokratiegefährdende Erscheinungen. Entscheidend ist jedoch, dass diese Entwicklung nicht als abgeschlossen betrachtet wird, sondern als ein fortlaufender und aufwachsender Prozess.

DP: Also prinzipiell kein zu großer Grund der Besorgnis?

Dr. Götting: Nicht ganz. Wir benötigen vor allem im Bereich der Fortbildung anspruchsvolle Formate und Trainings, die uns auf die Herausforderungen einer sich ständig im Wandel befindlichen Gesellschaft angemessen reagieren lassen. Denn gemessen an der Dynamik dieses gesellschaftlichen Wandels entwickeln wir uns immer noch zu sehr eruptiv und nur dann, wenn der Druck von außen es unbedingt erfordert. Hier müssen wir mehr Kontinuität und Professionalität an den Tag legen. Das Potenzial dazu ist in der Polizei vorhanden. Wir müssen es nur besser nutzen.

DP: Haben die sogenannten Querdenker die Situation verschärft?

POLIZEI PRAXIS

STARTSEITE THEMEN AUSGABEN PRODUKTE SERVICE

Sie sind hier > Startseite

Suche nach Sachgebieten, Hilfe, Tipps und mehr...

SCHWARZES BRETT

[Newsletter - keine neuen Beiträge verpassen!](#)

Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an! Eine Auswahl der Beiträge aus der aktuellen Ausgabe als Erste / Erste [\[mehr erfahren\]](#)

ENFORCE TAC 2020 - Neuer Termin: 01.09.20 - 02.09.20

Auf der Enforce Tac in Nürnberg tauschen sich internationale Sicherheitsexperten daher in jährlichem Turnus über die neuesten Entwicklungen und Produkte aus den Bereichen Law Enforcement, Sicherheit und taktische Lösunge [\[mehr erfahren\]](#)

NEUE ARTIKEL

 **MP5 Midlife-Improvement**
Upgrade-Optionen für die "Standard-MP" der deutschen Polizei [\[mehr erfahren\]](#)

NEUE ARTIKEL

 **Hart im Nehmen - Tactical Time Piece 500**
Nutzen Sie den Gutscheincode unter www.polizeipraxis.h3uhr.com [\[mehr erfahren\]](#)

NEUE ARTIKEL

NEWSLETTER ABONNIEREN

Mit dem Multifunktionstuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!



*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.





Dr. Götting: Die aktuelle Lage verunsichert viele Menschen und stellt eine Herausforderung für uns alle dar. Wir Polizeiangehörige sind da mit einigen anderen Berufsgruppen in besonderer Weise betroffen. Was uns von anderen aber unterscheidet, ist der direkte Kontakt zu den Aktivist*innen im Rahmen von Einsätzen bei Anti-Corona-Maßnahmenprotesten. Hier sind wir als Polizeiangehörige nicht nur einfach Einsatzkräfte, die versuchen, möglichst neutral ihren Job zu machen. Wir werden zunehmend zu Subjekten, ob wir dies wollen oder nicht.

DP: Wo stehen die „Querdenker“?

Dr. Götting: Die Querdenker sind eine politisch rechte Bewegung – und dies trotz aller Heterogenität. Im Gegensatz zu linken extremen Gruppen suchen rechte selten die direkte Konfrontation mit der Polizei. Sie versuchen, die Polizei für sich einzunehmen und zu instrumentalisieren. Wir merken dies am deutlichsten an den Reden und im Verhalten einzelner Polizeiangehöriger, die als Sprecher auf solchen Veranstaltungen direkt auf die Einsatzkräfte einzuwirken versuchen.



Gewalt begegnet
uns in Form von
Sprache, Stimme und
Handykameras.

DP: Eine irritierende Tatsache ...

Dr. Götting: Ja, und das ist Absicht der Akteure. Wir stellen fest, dass die Strategien vor allem der politisch rechten Gruppen zunehmend anspruchsvoller und komplexer werden. Sie sind nicht für jeden immer gleich und einfach zu erkennen. Die Rhetorik ist geschult und wird bewusst und gezielt eingesetzt. Die Gewalterfahrung bei Einsätzen dieser Art ändert sich gerade. Es geht nicht mehr vorrangig um physische Gewalt, sondern sie begegnet uns in Form von Sprache, Stimme und Handykameras. Da helfen uns Wasserwerfer und eine hochtechnische Ein-

satzausrüstung nur wenig. Wir sollten diese Verhaltensweisen ernst nehmen und professionell darauf reagieren.

DP: Und wie?

Dr. Götting: Wir müssen die Einsatzkräfte entsprechend informieren und Menschen in unseren eigenen Reihen stärker qualifizieren und trainieren. Nur so kann es gelingen, schnell und angemessen auf die Rhetorik und die Strategien derjenigen zu reagieren, die uns und die Freiheit in diesem Land bedrohen. Diese Bedrohung kommt nicht nur von rechts. In einem ersten Schritt haben wir in Niedersachsen in der Polizeiakademie Videopodcasts zu diesen Themen entwickelt und arbeiten gerade an einem auch pandemiegeeigneten Bildungsformat.

DP: Noch einmal zurück zum Polizeischutz für die Demokratie. Sie setzen auf Freiwilligkeit und Vorbildfunktion. Welche weitere Unterstützung würden Sie sich wünschen?

Dr. Götting: Das erste Treffen mit Teilnehmer*innen und Teilnehmern unseres Qualifizierungsprogramms hat bei mir einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Da waren Menschen zwischen 25 bis 59 Jahren. Alle waren schnell begeistert von der Idee, ihre Polizei positiv verändern und sich mit Gleichgesinnten vernetzen zu können. Für viele war es das erste Mal in ihrer Polizeiaufbahn, dass sie überhaupt gefragt wurden und sich im Rahmen einer dienstlichen Veranstaltung über die Rolle und Funktion von Polizei in der Gesellschaft austauschen durften.

DP: Sie sind auf ein echtes Manko gestoßen.

Dr. Götting: Ja vielleicht – aber ich spürte tatsächlich eine sehr positive Stimmung, die sich wie ein Aufbruch anfühlte. Einzig eine Befürchtung stand irgendwie im Raum: Ist das hier mit uns wirklich ernst gemeint oder nur so eine Art Alibi-Veranstaltung? Wenn Sie mich fragen, was ich wünsche, dann möchte ich, dass diese Menschen, die sich freiwillig in Veränderungsprozesse einbringen und eine gelebte demokratische Polizeikultur verkörpern, von der Führung und der Politik ernst genommen werden und Gehör finden. Da viele von ihnen aktive Gewerkschafter*innen und Gewerkschafter sind und sich für Kolleg*innen und Kollegen in Personalvertretungen engagieren, wünsche ich

mir auch von dieser Seite weiterhin eine große Aufmerksamkeit. Aber da bin ich nicht bange und vertraue meiner Gewerkschaft. Allein schon dieses Interview ist Ausdruck des großen Interesses an der Thematik.

DP: Wollen Sie das niedersächsische Projekt mit anderen Polizeien vernetzen?

Dr. Götting: Wie gesagt, das Projekt basiert auf konsequenter Freiwilligkeit. Dies gilt auch für andere Bundesländer. Unser Föderalismus gibt der Vielfältigkeit Raum. Es müssen nicht alle gleich handeln. Vielleicht gibt es noch tolle andere Ideen. Aber ich würde mich freuen, wenn unser Grundgedanke der positiven Verstärkung, der Förderung von Menschen, die bereit sind, sich durch ihr persönliches Engagement für eine demokratische Polizeikultur einzusetzen, von anderen Ländern aufgegriffen wird. Und es gibt tatsächlich erste Anfragen. So planen wir von der Polizeiakademie Niedersachsen im September einen bundesweiten Kongress mit dem bisherigen Arbeitstitel: Netzwerk Demokratische Polizei – Forschung, Bildung und Praxis im demokratischen Diskurs.

DP: Dürfen wir uns darauf freuen, dass Sie uns in DP über den Einsatz der Demokratie-Patinnen und -Paten berichten?

Dr. Götting: Das mache ich gern. Einen besonderen Aspekt des Projekts möchte ich noch kurz hervorheben: Es geht um die Zusammenarbeit mit unserem zivilgesellschaftlichen Partner. Als Leiter der Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte der Polizeiakademie Niedersachsen habe ich mich dafür eingesetzt, einen Partner aus der Zivilgesellschaft zu gewinnen, der sich um die Förderung der Demokratiekompetenz ebenso bemüht wie um die Vermittlung eines demokratiegeschichtlichen Bewusstseins. Der ideale Partner ist der Verein „Gegen Vergessen. Für Demokratie“. Mit ihm haben wir ein modulares Qualifizierungsprogramm für Demokratiepatinnen und -paten entwickelt und umgesetzt. Der Verein unterstützt uns auch in der Entwicklung von Projekten und Bildungsformaten für sie. Deshalb würde ich demnächst über erste Praxiserfahrungen aus unserer Initiative berichten.

DP: Abgemacht, vielen Dank für das Gespräch.

Innenleben



Gudrun und Karl Moll nehmen interessiert am gewerkschaftlichen Leben teil.

ERINNERUNGEN AN GRÜNDERZEITEN IN RHEINLAND-PFALZ

Karl Moll ist 70 Jahre in der GdP

3. Januar 1951 in Wissen/Sieg: In einer Versammlung wurde die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf Ebene der Gendarmerie des Landkreises Altenkirchen gegründet. Bis März traten 44 Gründungsmitglieder bei. Erster Vorsitzender wurde Heinz Wittkowski, der im Herbst 1951 auch zum ersten Landesvorsitzenden gewählt wurde. Der 96jährige Kollege Karl Moll ist das letzte noch lebende Gründungsmitglied und hält seit 70 Jahren seiner GdP Rheinland-Pfalz die Treue.

Bernd Becker

Wie wird man einem solchen Anlass in Zeiten der Kontaktvermeidung gerecht? Die Antwort: Gar nicht, denn alles, was man tut, kann nur ungenügender Ersatz für eine feierliche Präsenzveranstaltung sein. So schrieben die Landesvorsitzende Sabrina Kunz und der Kreisgruppenvorsitzende Yannick Seibert an den Jubilar und dessen Frau Gudrun: „Wir alle, die wir heute in der GdP mitarbeiten, stehen – bildlich gesprochen – auf Deinen, auf Euren Schultern. Ihr habt den Grundstein dafür gelegt, dass die GdP in Rheinland-Pfalz an einer professionellen, bürgerorientierten und demokratisch verfassten Polizei mitwirken konnte.“

Als Personalratsvorsitzender hast Du Ende der 1970er-Jahre dafür gearbeitet, dass bei der Entwicklung unserer Polizei die Interessen der Kolleginnen und Kollegen berücksichtigt wurden. Wir sind Dei-

ner Schwester sehr verbunden. Sie hat Dich 1946 nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft zu einer Bewerbung bei der damaligen Grenzpolizei überredet. Das war der Einstieg in ein erfülltes Berufsleben in Diensten der Gendarmerie und der Kriminalpolizei. In Achtung und Anerkennung haben wir die Ehre, Dir ein großes Dankeschön Deiner GdP zu übermitteln.“

Verteidigt unsere Demokratie

Anfang 2020 hatte der Autor Karl Moll – noch ohne Corona-Einschränkungen – besucht und für das Landesjournal interviewt. Unlängst hatte er ihn angerufen und die Eheleute bei weiterhin guter Gesundheit angetroffen: Seit Jahrzehnten wohnen Gudrun und Karl Moll – wie kann es anders sein – im ehemaligen Polizeigebäude in Munders-

bach und genießen ein gut funktionierendes Netzwerk aus Familie, Freunden und Nachbarn.

„Verteidigt unsere Demokratie!“, diese Botschaft ist dem politisch denkenden Menschen Karl Moll wichtig. Er weiß, wohin nationalistisch geprägtes Gedankengut führen kann, hat den Krieg miterlebt, war in Russland verletzt und zum Kriegsende bei der Verteidigung der Brücke von Remagen in Gefangenschaft genommen worden.

Nach seinem Dienst bei der Grenzpolizei zwischen britischer und französischer Zone übernahm man ihn in die Gendarmerie. Fachprüfung I, Polizeipräsidium Koblenz und verschiedene Gendarmerieposten im Kreis Altenkirchen waren die nächsten Stationen. Und dann war er einer von fünf Kollegen, die 1970 bei der Gründung des Kriminalkommissariats Betzdorf dabei waren, als dessen Leiter er 1984 in den Ruhestand verabschiedet wurde. „Es ist der GdP zu verdanken, dass ich als Lebensälterer überhaupt noch den Fachlehrgang II besuchen durfte“, erinnert sich Karl Moll gerne. ■

Unter den Gratulanten waren der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz, SPD-Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler MdL, Michael Wäschenbach MdL (CDU), Landrat Dr. Peter Enders, der Koblenzer Polizeipräsident (PP) Karlheinz Maron, der Präsident des Landeskriminalamtes Johannes Kunz, PP a.D. Horst Eckhardt, PP a.D. Wolfgang Fromm, Franz Orthen (ehemals Leiter der KriPo Betzdorf) und Markus Sander, aktuell KriPo-Chef in Betzdorf.

bach und genießen ein gut funktionierendes Netzwerk aus Familie, Freunden und Nachbarn.

„Verteidigt unsere Demokratie!“, diese Botschaft ist dem politisch denkenden Menschen Karl Moll wichtig. Er weiß, wohin nationalistisch geprägtes Gedankengut führen kann, hat den Krieg miterlebt, war in Russland verletzt und zum Kriegsende bei der Verteidigung der Brücke von Remagen in Gefangenschaft genommen worden.

Nach seinem Dienst bei der Grenzpolizei zwischen britischer und französischer Zone übernahm man ihn in die Gendarmerie. Fachprüfung I, Polizeipräsidium Koblenz und verschiedene Gendarmerieposten im Kreis Altenkirchen waren die nächsten Stationen. Und dann war er einer von fünf Kollegen, die 1970 bei der Gründung des Kriminalkommissariats Betzdorf dabei waren, als dessen Leiter er 1984 in den Ruhestand verabschiedet wurde. „Es ist der GdP zu verdanken, dass ich als Lebensälterer überhaupt noch den Fachlehrgang II besuchen durfte“, erinnert sich Karl Moll gerne. ■



Karl Moll (vorn rechts) bei einer GdP-Versammlung im Jahr 1961.

Ein persönlicher Dank des DP-Autoren

„Lieber Karl, als ich 1977 zur Vollzugspolizei des Kreises Altenkirchen versetzt wurde, warst Du der erste Personalratsvorsitzende, den ich bewusst wahrgenommen habe, und ich hätte nie gedacht, dass ich Dir in diesem Amt einmal nachfolgen würde. Du hast als Mensch und Kollege in Schutz- und Kriminalpolizei einen hervorragenden Ruf genossen. Auf Respekt und demokratische Umgangsformen hast Du großen Wert gelegt. Ohne Menschen wie Dich wäre der Erfolg unserer GdP nicht denkbar.“

Innenleben

STUFENLAUFZEITVERKÜRZUNG

Der schnelle Weg zu mehr Geld

Hartnäckige Tarifarbeit ist häufig von Erfolg gekrönt. Was das mit Blaupausen zu tun hat, erläutert DP-Autor Rüdiger Maas.

Rüdiger Maas



Foto: privat

Was beinhaltet der Paragraph 17 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD)? Was hat er mit einem selbst beziehungsweise der geleisteten Arbeit zu tun? Darin ist die Möglichkeit festgelegt, außerhalb der tariflich vorgesehenen Stufenlaufzeit die Stufen 4 bis 6 früher zu erreichen, um so vorzeitig ein für Jahre vorgezogenes höheres Entgelt zu erzielen. Übrigens: Neben einer Stufenlaufzeitverkürzung kann es laut den „Allgemeinen Regelungen zu den Stufen“ gemäß Paragraph 17 TVöD im TVöD Bund eventuell auch zu einer Verlängerung kommen. Wobei die Hürden einer Verlängerung – schon durch die Einrichtung einer entsprechend paritätisch besetzten Kommission – sehr hoch sind.

An Unterschriftsreife gearbeitet

Der Paragraph 17 TVöD ermöglicht den Tarifbeschäftigten – abhängig von ihrer individuellen Leistung – in erster Linie die Teilhabe an der erfolgreichen Entwicklung der Behörde und ist Bestandteil einer proaktiven Personalentwicklung. Die Möglichkeit, vorzeitig in die nächsthöheren Stufen aufzusteigen, ist durchweg positiv zu bewerten.

Bereits seit 2019 hat die Tarifkommission des GdP-Bezirks Bundespolizei an einer unterschriftsreifen Dienstvereinbarung zum vorzeitigen Stufenaufstieg gemäß Paragraph 17 TVöD gearbeitet. Diese langwierige und intensive Gremienarbeit zeigt auf, dass es während des Gestaltungsprozesses nicht

einfach war, alle Kolleginnen und Kollegen der Bezirks-Tarifkommission gleichermaßen von der Wichtigkeit einer solchen Dienstvereinbarung (DV) zu überzeugen.

Die DV beinhaltet alle wesentlichen Punkte wie den Regelungsgegenstand, die Auszahlungsmodalitäten, die Voraussetzungen der leistungsbezogenen Stufenlaufzeitverkürzung, Beteiligungs-, und Informationspflichten, die Punkte Dokumentation und Datenschutz, die Kündigung und das Inkrafttreten.

Allen zugänglich

Bei der Entwicklung der Vereinbarung war für das Gremium prioritär, dass der Paragraph 17 TVöD zum vorzeitigen Stufenaufstieg nicht nur in den Direktionen Anwendung finden würde, die sozusagen eine „Tarif-Affinität“ haben und wo diese Möglichkeit bereits gelebt wird, sondern gleichermaßen allen Beschäftigten der Bundespolizei zugänglich gemacht wird. Nur durch eine entsprechende Dienstvereinbarung war diesem Ansinnen Rechnung zu tragen.

Als Vorbild diente eine bereits gültige beziehungsweise abgeschlossene Dienstvereinbarung des Bundesverwaltungsamtes. Diese schnitten die Kolleginnen und Kollegen der Bezirks-Tarifkommission dann Punkt für Punkt auf die Bedürfnisse der Beschäftigten der Bundespolizei zu. Nach den Vorarbeiten wurde juristisch geprüft, ob alle arbeitsrechtlichen Parameter und die Inhal-

te des Tarifvertrages selbst Berücksichtigung gefunden haben.

Widerstände

Trotz aller Vorgespräche und Verhandlungen lehnte das Bundesinnenministerium (BMI) den Abschluss der vorgelegten Dienstvereinbarung ab. Die Behörde – vertreten durch die Abteilungsleitung – stellte fest, dass ein solches Vorgehen ohnehin nicht der Mitbestimmung des Bundespolizeihauptpersonalrates gemäß dem Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) unterliegen würde.

So war der Weg zum Verwaltungsgericht (VG) Berlin unausweichlich. Die zuständige 72. Fachkammer stellte nach zwei mündlichen Anhörungen im November 2020 fest, dass der Beteiligte (BMI) verpflichtet sei, zum Zwecke eines Einigungsstellenverfahrens zum Initiativantrag des Antragstellers (BHPR Bundespolizei), „Aufstellung abstrakt-genereller Regelungen zur leistungsbezogenen Stufenlaufzeitverkürzung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Bundespolizei“ mit dem Antragsteller eine Einigungsstelle zu bilden (VG 72 K 11/20 PVB).

Mitbestimmung

Im Wesentlichen stützte sich das Gericht auf die Aussage, dass das Begehren auf Einrichtung einer Einigungsstelle zur Behandlung des Vorschlages nicht an Paragraph 75 Abs. 5 Satz 1 Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) scheitere. Die Norm schließe nur eine Form der Mitbestimmung aus, nicht aber eine mitbestimmungsbedürftige Maßnahme. Nur damit hatte das BMI seine Ablehnung der Einrichtung einer Einigungsstelle begründet. Abgesehen davon ist eine Dienstvereinbarung im Sinne des Vorschlags des Antragstellers nicht durch Paragraph 75 Abs. 5 Satz 1 BPersVG ausgeschlossen. Auch enthält der Tarifvertrag insoweit keine weiteren Regelungen.

Quintessenz ist, dass nach Rechtskraft des Urteils vom 17. November 2020 der Weg zum Abschluss der Dienstvereinbarung frei ist. Diese kann als Blaupause von anderen Bezirken übernommen werden. Ein schöner Erfolg der GdP-Vertreterinnen und -Vertreter. ■

Im Gespräch

DP-Gesprächspartner
Thomas Buchheit.



Foto: Nds. Ministerium für Inneres und Sport

GESCHWINDIGKEITSMESSUNG MIT DER ABSCHNITTSKONTROLLE

Fair und gerecht

Einen Tag nach Weihnachten ging das niedersächsische Verkehrssicherheitsprojekt „Section Control“ (Abschnittskontrolle) in den Regelbetrieb. Zwei Jahre zuvor war die Pilotphase gestartet worden. Thomas Buchheit ist „Section Control“-Geschäftsführer. DP hat mit ihm über das Projekt und dessen Zukunft gesprochen.

Jeldrik Grups

DP: Lieber Kollege Buchheit, was steckt hinter dem Begriff „Section Control“?

Thomas Buchheit: Es ist eine Verkehrsüberwachungstechnik, bei der die Geschwindigkeit nicht nur an einem Punkt, sondern die Durchschnittsgeschwindigkeit auf einer Strecke über mehrere Kilometer gemessen wird. Die offizielle Bezeichnung hierfür lautet Abschnittskontrolle.

DP: Wie würde die neue Technik die Arbeit der Polizei verändern?

Buchheit: Das sind vor allem zwei Dinge. Es wird im Zusammenhang mit der Aufnahme und Bearbeitung von Verkehrsunfällen eine erkennbare Entlastung geben. Unsere Erfahrungen mit der Pilotstrecke decken sich mit denen der Abschnittskontrollen im Ausland. Im jeweiligen Streckenbereich werden sich das Unfallaufkommen in der Gesamtheit und insbesondere die Unfälle mit Verunglückten deutlich reduzieren.

DP: Es wird also weniger Personal eingesetzt?

Buchheit: Genau, die Kolleginnen und Kollegen im Streifendienst könnten sich somit auf andere Bereiche in der Verkehrssicherheitsarbeit oder im weiteren Einsatz- und

Kriminalitätsgeschehen konzentrieren. Weniger Unfälle in der Folge führen auch zu einer Entlastung der örtlichen Unfallkommission. Von den volkswirtschaftlichen Entlas-

tungen durch weniger Verkehrsunfälle will ich an dieser Stelle gar nicht erst anfangen.

DP: Und der zweite Punkt?

Buchheit: Wo sich eine Abschnittskontrolle befindet, ist es nicht mehr erforderlich, mit mobilen Geräten zu messen. Polizei und Kommunen können sich somit vermehrt auf die Strecken konzentrieren, an denen eine punktuelle Geschwindigkeitsüberwachung zur Steigerung der Verkehrssicherheit erforderlich ist. Erfahrungsgemäß sind das in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen aber immer noch reichlich viele, so dass die Entlastung durch Abschnittskontrolle wahrscheinlich nicht so sehr ins Gewicht fallen dürfte. Es sei denn, es wird eine weiterentwickelte Messtechnik zur Abschnittskontrolle in Deutschland zugelassen, die den mobilstationären Einsatz ermöglicht.

DP: Manche Verkehrsteilnehmer werfen der Polizei Wegelagererei vor.

Buchheit: Seitdem ich bei der Polizei bin, ist es mein Bestreben, die Menschen möglichst gezielt und umfassend über die Polizeiarbeit zu informieren, aufzuklären und für das Verständnis polizeilicher Tätigkeit zu werben. Gerade in der Verkehrssicherheitsarbeit geht es darum aufzuzeigen, dass jede und jeder Einzelne mit dem eigenen Verhal-

Die Abschnittskontrolle

Bereits im Jahr 2009 hatte sich der 47. Deutsche Verkehrsgerichtstag (VGT) mehrheitlich für die Durchführung eines Modellversuchs in einem Bundesland ausgesprochen und verband vier Kriterien mit der Durchführung eines Modellversuchs: Die „Section Control“ solle nur an Unfallhäufungsstrecken zulässig sein. Die erhobenen Daten dürften ausschließlich für die Geschwindigkeitsüberwachung verwendet werden; eine Verknüpfung mit anderen Registern oder gespeicherten Daten sei unzulässig. Technisch sei es sicher zu stellen, dass Daten zu Fahrzeugen, mit denen die Geschwindigkeit nicht überschrit-

ten worden ist, nach Abschluss der Messung sofort automatisch und spurlos gelöscht würden. Zugriffe auf die Daten während der Messung seien auszuschließen. Zu guter Letzt solle der überwachte Streckenabschnitt mit gut sichtbarem Hinweisschild angekündigt werden.

2010 fasste vor diesem Hintergrund der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) einen Vorstandsbeschluss „Abschnittsbezogene Geschwindigkeitsüberwachung („Section Control“)“ und ist damit nach Rücksprache mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) auf die Länder zugewandert.

Einfahrtsquerschnitt

cQt4rw29yA 00:00

Z35LxeBc90 00:00

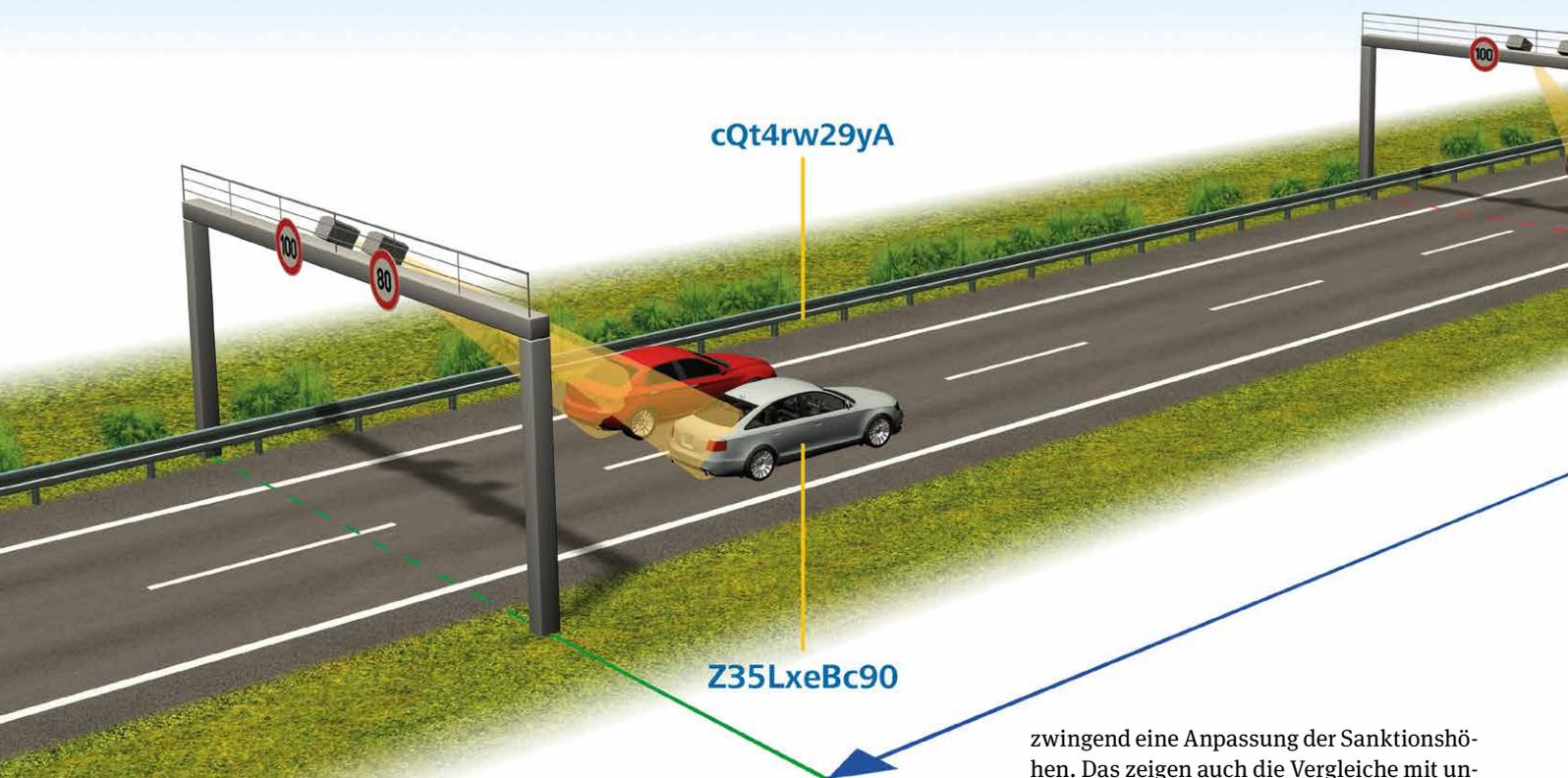
Kontrollabschnitt

1,8 km

Ausfahrtsquer

cQt4rw29yA

Z35LxeBc90



ten für mehr Sicherheit auf unseren Straßen beiträgt. Nicht umsonst haben wir daher die Grundregel aus der Straßenverkehrsordnung (StVO), wonach die Teilnahme am Straßenverkehr ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht erfordert.

DP: Regt dich das noch auf?

Buchheit: Richtig aufgeregt hat mich das eigentlich noch nie. Als junger Mensch war ich empfänglicher für den Ton, der vom Gegenüber kam. Doch nach über 36 Dienstjahren hat man auch hier die notwendige Gelassenheit.

DP: Und die „Section Control“ ist da jedoch eine faire Maßnahme, oder?

Buchheit: Auf jeden Fall, schließlich wird die Abschnittskontrolle mit einem Hinweisschild angekündigt. Ein eventuelles, lediglich kurzfristiges Überschreiten der erlaubten Höchstgeschwindigkeit kann durch Anpassung der Fahrgeschwindigkeit im Streckenbereich entsprechend kompensiert werden.

DP: Würde die breite Einführung der „Section Control“ das Ende der Blitzersparungen bedeuten? Hätten die Radiostationen mehr Zeit für Musik?

Buchheit: Mehr Musik wäre zwar nett, es wird jedoch immer Stellen geben, an denen es geeigneter, sinnvoller und erforderlicher ist, die bisherigen Überwachungstechniken einzusetzen. Die Abschnittskontrolle ist eine innovative und technisch aktuelle Ergänzung zu den herkömmlichen Messmethoden.

DP: Wer immer noch zu schnell fährt, müsste vielleicht ein noch höheres Bußgeld zahlen oder früher die Fahrerlaubnis abgeben?

Buchheit: Die Diskussion zu den Bußgeldern und insbesondere zur Geschwindigkeit führen wir hierzulande schon sehr lange mit unterschiedlicher Intention wie auch die jüngsten Versuche zur Einigung rund um die StVO-Novelle zeigen. Fakt ist, Rasen ist auf Deutschlands Straßen weiterhin die „Todesursache Nr. 1“. Das wollen wir ändern, und daher ist die Forderung aus polizeilicher Sicht auch eindeutig und unmissverständlich: Wir brauchen in Deutschland

zwingend eine Anpassung der Sanktionshöhen. Das zeigen auch die Vergleiche mit unseren europäischen Nachbarn.

DP: Zurück zu eurem Projekt: Niedersachsen hatte einen groß angelegten Probelauf durchgeführt. Welche Hürden mussten überwunden werden?

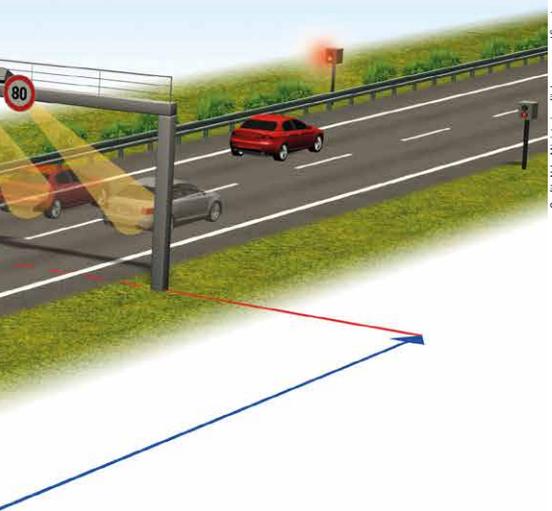
Buchheit: Das waren so viele, dass hier der Platz gar nicht ausreicht. Ich beschränke mich daher auf drei wesentliche Bereiche, das Recht, die Technik und den Datenschutz. Es musste eine spezifische Rechtsgrundlage geschaffen werden, die einer gerichtlichen Prüfung standhalten musste. Die Technik der Abschnittskontrolle hatte bisher in Deutschland keine amtliche Zulassung, also haben wir bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) eine entsprechende Prüfung veranlasst. In all diesen Überlegungen spielte auch der Datenschutz eine entscheidende Rolle, und so haben wir von Anfang an die niedersächsische Landesbeauftragte für den Datenschutz in dem gesamten Verfahren beteiligt.

DP: Was steht einer bundesweiten Ausweitung noch im Wege?

Buchheit: Aus technischer Sicht haben wir eine durch die PTB zugelassene Anlage, womit man die Abschnittskontrolle in ganz Deutschland einsetzen kann. Was fehlt,

Kommentiert

Schnitt → Verstoßkamera
 00:46 → 141 km/h
 00:81 → 80 km/h



Grafik: Nds. Ministerium für Inneres und Sport

VERKEHRSSICHERHEIT

Section Control wirkt

Boris Pistorius

Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport

ist eine entsprechende spezifische Rechtsgrundlage, so wie Niedersachsen sie mit dem Paragraphen 32 Absatz 6 NPOG (Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetz) jetzt hat. Diese müssten die Länder in ihr jeweiliges Landesgesetz übernehmen. Es gebe natürlich auch die Möglichkeit einer bundesgesetzlichen Regelung. Dazu gab es jedoch seitens des Bundes bisher keine Intention.

DP: Nähmen wir an, die „Section Control“ wäre hierzulande eingeführt und Normalität, an welcher Stelle würdest du noch anpacken wollen?

Buchheit: Was wir brauchen, ist eine Weiterentwicklung und Zulassung der Technik, um sie mobil-stationär einsetzen zu können. Für mehrere Monate stellen wir die Messtechnik beispielsweise vor und in einem Bauabschnitt auf der Autobahn auf und anschließend platzieren wir sie für einen längeren Zeitraum an einer anderen Strecke. Die Verkehrssicherheitsarbeit und ihre Themen sind so umfangreich, dass wir noch jede Menge auf unserer „To-do-Liste“ stehen haben.

DP: Zum Beispiel?

Buchheit: Die stetig wachsende Digitalisierung unserer Fahrzeuge. Da gibt es noch einiges zu tun, damit die Polizei weiterhin ihren Aufgaben der Unfallprävention, Verkehrsüberwachung und Unfallaufnahme gerecht werden kann.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

Ende vergangenen Jahres haben wir unser niedersächsisches Modellprojekt zur sogenannten Streckenkontrolle Section Control erfolgreich abgeschlossen: ein großer Schritt für mehr Sicherheit auf unseren Straßen, der allerdings auch eine Menge Durchhaltevermögen erfordert hat.

Ganz im Sinne der Verkehrsüberwachung war die Einführung von Section Control kein blitzschneller Sprint, sondern ein anspruchsvoller Marathon. Überrascht hat uns das jedoch nicht. Wir haben von Beginn an damit gerechnet, dass die Planung und Umsetzung des Projektes viel Zeit und Kraft erfordern würden. Das bringen ambitionierte Projekte, bei denen man technisches und rechtliches Neuland betritt, so mit sich. Auch wenn andere europäische Länder – beispielsweise Österreich – bereits seit einiger Zeit Abschnittskontrollen erfolgreich nutzen, war es für Deutschland und Niedersachsen ein absolutes Novum, das im Vorfeld intensiv diskutiert wurde. Wir haben uns dennoch als erstes Bundesland dazu entschieden, ein eigenes Pilotprojekt mit allen Herausforderungen des Datenschutzes und der Technik auf den Weg zu bringen.

Nach mehr als einem Jahr im regulären Betrieb können wir nun sagen: Die Abschnittskontrolle ist ein starker Beitrag für mehr Sicherheit im Straßenverkehr. Sie ist rechtssicher, technisch zuverlässig und hält den hohen Anforderungen, die an sie gestellt werden, stand.

Noch wichtiger ist: Section Control wirkt. Diese Form der Streckenkontrolle ist nach meiner Überzeugung die gerechteste Möglichkeit, um Geschwindigkeitsüberschreitungen zu überprüfen. Hinzu kommt: Die Durchschnittsgeschwindigkeit ist geringer, der Verkehrsfluss dadurch besser, und das Unfallaufkommen geht nachweislich zurück. Section Control ist damit ein klarer Gewinn für die Verkehrssicherheit aller Beteiligten.

Auch die Autofahrer profitieren übrigens unmittelbar von dieser Technik. Wer zum



Foto: Nds. Ministerium für Inneres und Sport

Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius bei einem Pressetermin zur Section Control.

Beispiel ein Schild übersieht, hat im Verlauf der Strecke immer noch die Möglichkeit, seine Geschwindigkeit entsprechend zu korrigieren – und zwar ohne das so gefährliche abrupte Abbremsen. Das Argument, dass man nur einmal kurz zu schnell war, zieht hier nicht mehr. Section Control macht unsere Straßen sicherer, erleichtert unseren Polizistinnen und Polizisten den Arbeitsalltag und ist gleichzeitig fairer als jede stationäre Verkehrsüberwachung.

In Niedersachsen prüfen wir deshalb bereits den Einsatz an weiteren geeigneten Strecken. Zudem spricht viel dafür, dass „Section Control“ auch außerhalb Niedersachsens einen großen Mehrwert hätte. Ich habe daher auch im Rahmen der vergangenen Innenministerkonferenz unsere positiven Erfahrungen in diesem Bereich vorgestellt.

Ich bin von dieser Technik überzeugt und würde mich sehr freuen, wenn sowohl weitere Bundesländer als auch der Bund folgen und diese Technik künftig auf unfallbelasteten Strecken einsetzen würden. Schließlich kann unser gemeinsames Ziel nur eines sein: den Verkehr auf Deutschlands Straßen noch sicherer zu machen. „Section Control“ hat das Potenzial, dazu wesentlich beizutragen. ■

Im Gespräch

Dr. Thomas Hestermann
ist Professor für Journalismus an
der Hochschule Macromedia
Hamburg. Er forscht zu Mustern
der Berichterstattung.

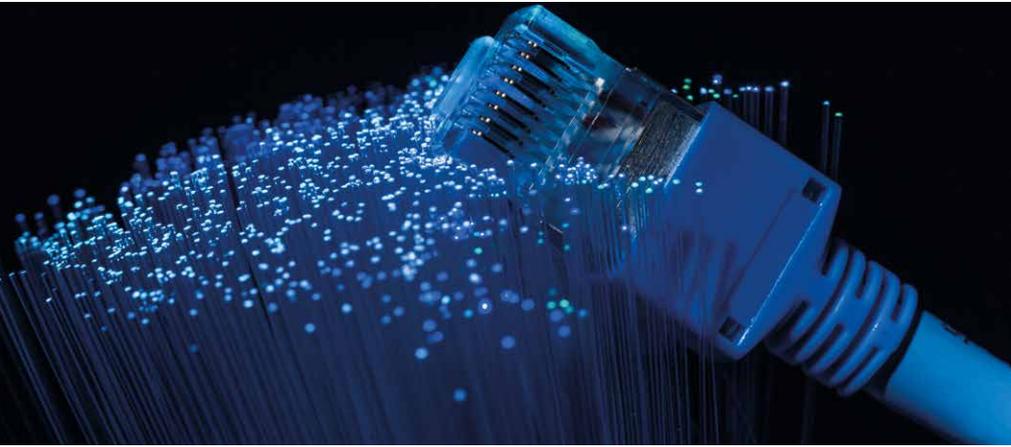


Foto: Klaus The / Stock.adobe.com

PREDICTIVE POLICING

Kommissar Computer

Straftäter legen Spuren bereits vor der Tat. Aus einer Flut öffentlich zugänglicher Daten lassen sich maschinell diese Spuren herauslesen, um Delikte zu verhindern, bevor sie geschehen. Das zumindest verheißt das personenbezogene „Predictive Policing“.

Dr. Thomas Hestermann



Foto: privat

Der Sturm auf das Kapitol in Washington löste hierzulande Entsetzen aus – bei einigen allerdings auch Freude. „Schön zu sehen, ich wünsche mir so etwas auch in Berlin“, kommentierte einer ein YouTube-Video des Ansturms eines Mobs auf das US-amerikanische Parlament. Dabei kamen fünf Menschen zu Tode, darunter der Polizist Brian Sicknick. Ein anderer schrieb: „Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur ersten Bürgerpflicht! Ich habe totales Verständnis für diese Tumulte.“

Sind ähnliche Angriffe auch auf den Deutschen Bundestag zu erwarten? Und sind diejenigen, die in sozialen Medien öffentlich Sympathie bekunden, angehende

Gewalttäter, die Anlass geben, sie frühzeitig in den Blick zu nehmen? Oder verraten sich Gefährder ganz anders?

Kriminalitätsverhütung, englisch Predictive Policing, ist die Verheißung, Straftaten zu bekämpfen, bevor sie geschehen, und dafür nicht nur polizeibekannt Informationen, sondern beispielsweise auch Kommentare in Medien wie Facebook oder Twitter, Daten von Einkaufs- und Telefonverhalten zu nutzen. Kritiker sehen darin allerdings vielmehr die Gefahr, dass Millionen unbescholtener Bürger mit ständiger Überwachung rechnen müssen und dass ein Klima der Angst entsteht, um einige mutmaßliche Gefährder herauszufiltern.

Verräterische Stromrechnung

Dieser Ansatz des personenbezogenen Predictive Policing geht in Deutschland zurück auf die Rasterfahndung. Der frühere Präsident des Bundeskriminalamtes, Horst Herold, setzte auf die Potenziale der Datenverarbeitung und richtete 1972 die Datenbank INPOL ein, auch „Kommissar Computer“ genannt. Damit wurden mehrere Fahndungserfolge möglich. 1979 mietete die terroristische „Rote Armee Fraktion (RAF)“ konspirative Wohnungen unter Falschnamen an und bezahlte die Stromrechnung bar. Aus 18.000 Barzahlern im Raum Frankfurt wurden alle bekannten Namen herausgefiltert, am Ende blieb neben einem Drogendealer der RAF-Terrorist Rolf Heißler, der wegen der Ermordung von zwei Zollbeamten gesucht wurde. Kurz darauf konnte er festgenommen werden.

Kriminalprognose

Mit schnellerer Datenverarbeitung und mehr Daten lässt sich die Methode auch auf Menschen ausweiten, denen noch gar keine Straftaten nachgewiesen wurden. So erstellte die Polizei in Chicago mit ihrer „Strategic Subject List“ Kriminalprognosen zu rund 400.000 Personen. Polizisten führen Gefährderansprachen aufgrund der vom Computer errechneten Prognosen. Inwieweit dieses weitreichende Programm bislang erfolgreich war, ist allerdings unzureichend erforscht.

Im britischen Projekt „HART“ und im US-amerikanischen Projekt „Beware“ werden bereits Daten über die Gesamtbevölkerung eingearbeitet. Die Juristin Lucia Sommerer warnt in ihrer preisgekrönten Doktorarbeit davor, dass die Polizei damit immer stärker einer „Maschinenlogik“ folgt und sich verborgenen Algorithmen ausliefert. Stattdessen fordert sie eine Offenlegung der Programme, um eine Diskriminierung zu vermeiden (siehe Interview).

Enge Grenzen hat das Bundesverfassungsgericht gezogen. Danach muss sich das Durchleuchten vieler, um mögliche Straftäter herauszufiltern, auf die Abwehr akuter Gefahren und den Schutz hochrangiger Rechtsgüter, vor allem des Lebens und der Unversehrtheit, beschränken. ■

Die promovierte Rechtswissenschaftlerin **Lucia Sommerer** hat Jura studiert. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität Göttingen und Affiliated Fellow des Information Society Project der Yale Law School (USA). Für ihre Doktorarbeit erhielt sie den Deutschen Studienpreis der Körber-Stiftung.



Foto: Körber-Stiftung

Polizei der Zukunft – gefangen in Algorithmen?

Die computergestützte Kriminalprognose kann dazu führen, Straftäter in den Blick zu nehmen, bevor sie zuschlagen. Doch wenn es nicht gelingt, die Algorithmen zu beherrschen, bleibe der Rechtsstaat auf der Strecke, warnt die Juristin Lucia Sommerer. Für die DP sprach Dr. Hestermann mit ihr.

DP: Wenn die Polizei willkürlich und anlasslos in Wohnungen eindringen würde, weil sie so hin und wieder häusliche Gewalt verhindern könnte, wäre man sich schnell einig, dass dies ein völlig unangemessener Eingriff in die Privatsphäre wäre. Wenn aber die Polizei quasi berührungslos die Facebook-Likes aller Bundesbürger abgreifen würde, um so womöglich Gewalttäter zu erkennen, bevor sie zuschlagen – inwieweit würde dies Menschen beeinträchtigen?

Lucia Sommerer: Ein solcher Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung, das Kernrecht der digitalen Welt, ist nur scheinbar unsichtbar. Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung dürfen wir grundsätzlich eben selbst entscheiden, was mit unseren Daten geschieht. Das Bundesverfassungsgericht spricht von Einschüchterungseffekten, die von einer umfassenden Kontrolle ausgehen könnten.

„Die Maschine versteht nicht, warum etwas passiert.“

DP: Unter Kriminalisten heißt es: „Ich erkenne meine Schweine am Gang.“ Mit anderen Worten, mit wachsamem Blick und aus Erfahrungswissen heraus kann man Straftäter erkennen und gelegentlich Straftaten verhindern. Warum sollte man dies nicht automatisiert tun?

Sommerer: Es wird unsere Gesellschaft grundlegend verändern, wenn auch die Daten darüber, wie wir miteinander diskutieren, einkaufen oder telefonieren, mit dem Verdacht von Straftaten verknüpft werden – zumal in aller Regel die innere Logik eines Programms verborgen bleibt.

DP: Aber der Ermittler, der sich von Erfahrung und Intuition leiten lässt, legt doch seine menschlichen Algorithmen auch nicht offen.

Sommerer: Das stimmt, auch der Mensch ist intransparent. Aber unser Rechtssystem hält mit dem Begründungsgebot dagegen: Staatliches Handeln muss nachvollziehbar begründet werden. Das muss auch gelten, wenn eine Maschine entscheidet oder Teil des Entscheidungsprozesses ist.

DP: Wie soll das funktionieren?

Sommerer: Indem man die Entwicklung und den Quellcode eines Programms offenlegt – sonst würde die Nutzung maschineller Algorithmen unser Rechtssystem zurückwerfen. Transparenz und Profit schließen sich übrigens nicht aus – das US-Unternehmen CivicScape beispielsweise ist mit einem Open-Source-Ansatz erfolgreich.

DP: In den 1970er-Jahren kam man mit der Rasterfahndung Terroristen auf die Spur, indem man bestimmte Muster erkannte, etwa, dass sie ihre Stromrechnungen unter falschem Namen und bar bezahlten. Folgen die heutigen Methoden des Predictive Policing diesem Ansatz oder gehen sie darüber hinaus?

Sommerer: Der Trend war angelegt. Man kann das personenbezogene Predictive Policing als eine Verknüpfung von Vorratsdatenspeicherung und Rasterfahndung sehen. Darum kann man aus den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Rasterfahndung auch Maßstäbe zu diesem Verfahren ableiten – dass wir etwa diese Techniken nur bei konkreter Gefahr einsetzen sollten, um hochrangige Rechtsgüter zu schützen. Die heutigen Techniken der computergestützten Verbrechensverhütung gehen aber weiter als die Rasterfahndung, weil sie viel komplexeren Mustern folgen.

DP: Sie warnen, dass Maschinen irren und dass sie überschätzt werden. Ist damit tatsächlich die Maschine das Problem oder geht es vielmehr um eine durchdachte Beziehung zwischen Mensch und Maschine?

Sommerer: Beides. Die Maschinenlogik stützt sich nicht auf wissenschaftliche Befunde, sondern auf Zahlen. Die Maschine versteht nicht, warum etwas passiert, sondern sie misst schlicht, welche Daten häufig

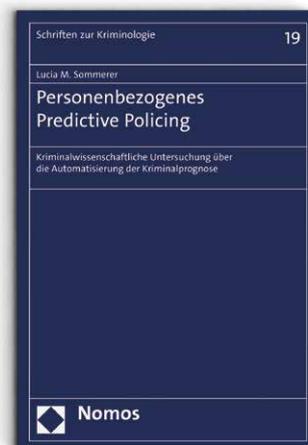
zusammentreffen. Es geht also um Korrelation und nicht um Kausalität. Dies ist eine andere Art zu denken, und es ist gefährlich, den Blick auf das rein Zählbare zu verengen.

Zum anderen ist es sinnvoll, die Anwender besser zu schulen, aber das reicht nicht. Wir sprechen vom „automation bias“, also der Verzerrung durch Automatisierung. Menschen fällt es schwer, sich gegen den Algorithmus zu entscheiden. Auch wenn Anwender das wissen, wirkt dieser Mechanismus trotzdem in der Mensch-Maschine-Beziehung.

DP: Sind wir verloren gegenüber der Maschine?

Sommerer: So pessimistisch sehe ich es nicht. Aber wir sind tatsächlich verloren, wenn wir in das Design der Maschine keine Sicherheitsmechanismen einbauen. Dies beginnt in der Entwicklung der Programme. Ein Algorithmus schreibt sich ja nicht selbst. Es ist wichtig, bereits die Entwicklung offenzulegen und zu steuern, um die Maschine letztlich wirklich zu beherrschen.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.



Personenbezogenes Predictive Policing - Kriminalwissenschaftliche Untersuchung über die Automatisierung der Kriminalprognose, Dr. Lucia Sommerer, LL.M. (Yale), 2020

Nomos Verlag, 400 Seiten, ISBN 978-3-8487-6233-0

Hilfreich



GdP-Plus Partner

ELEKTROMOBILITÄT ZU MITGLIEDERKONDITIONEN

GdP-Plus – Eine starke Partnerschaft für Euch!

Ein neuer Partner in unserem Angebotsprogramm für die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei.

Mit dem GdP-Plus Partner-Programm stellen wir Euch starke Unternehmen vor, die speziell für die Mitglieder der Polizei attraktive Angebote präsentieren.

Ein neuer Partner mit einem starken Angebot

Mit greenmobility24 begrüßen wir einen GdP-Plus Partner, der ein besonders attraktives Angebot zum Thema Elektromobilität mit besonderen Konditionen für unsere Mitglieder bereithält.

Weitere Branchen folgen

In der kommenden Zeit werden wir das Angebot sukzessive ausbauen und Euch weite-



re Partner vorstellen. Namhafte Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen sollen folgen. Jeder neue Partner präsentiert sich zum Start der Mitgliedschaft im GdP-Plus Partner-Programm in DP – DEUTSCHE POLIZEI und wird Euch regelmäßig über seine Angebote informieren.

Laufende Information auf Social-Media-Kanälen

Mit Posts auf den Social-Media-Plattformen Facebook, Instagram und Twitter der GdP Bund halten wir Euch über das GdP-Plus Partner-Programm auf dem Laufenden. Auch deswegen lohnt es sich also, die GdP Bund auf diesen Kanälen zu abonnieren!

Euer Weg zu den Angeboten

Der Weg zu Eurem GdP-Plus Partner-Angebot ist ganz einfach: in Eurem Browser die Adresse www.gdp.de/gdp-plus eingeben, und schon kommt Ihr auf die Seite mit der Übersicht unserer Partner.

Wenn Ihr mit der Maus über das Logo eines Partners fährt, findet Ihr eine kurze Erklärung seines Angebotes. Einfach auf den Link klicken und mit dem Easy-Login anmelden – das Login bekommt Ihr auf der Seite ausführlich erklärt –, schon werdet Ihr zu den besonderen Angeboten des Partners exklusiv für GdP-Mitglieder weitergeleitet.

Wir wünschen Euch viel Spaß beim Stöbern im GdP-Plus Partner-Programm!

Eure GdP

KAPITALMARKT

ANZEIGEN

■ **Beamtdarlehen 10.000 € - 120.000 €**
 ■ Vorteilszins für den öffent. Dienst
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
 Seit über 40 Jahren.



NEUER exklusiver Beamtenkredit

2,50% echter Vorteilszins

 effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtdarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichersparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

- Unser bester Zins aller Zeiten -

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

Sensationell günstig

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel.: (0621) 178180-0
 info@ak-finanz.de
 www.AK-Finanz.de

**WWW.
 Polizeifeste.de**

**Alle
 Polizeifeste
 auf einen
 Blick**

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ **0800-33 10 332**
 Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

**POLIZEI
 DEIN PARTNER**
 Gewerkschaft der Polizei
 Das Präventionsportal

Hinterfragt

Die DP-Autoren betonen: Bei unserer Analyse gehen wir aus Gründen der Einfachheit auf sogenannte Nichtdeutsche ein. In keiner Weise sollen die Ausführungen „Wasser auf die Mühlen“ derjenigen sein, die es schon immer gewusst haben, dass bestimmte Gruppen von Nichtdeutschen unter anderem ein anderes Verständnis von Sexualität zu haben scheinen als die Mehrzahl der Menschen hierzulande. Denn ebenso könnte man untersuchen, wie hoch die Tatbeteiligung jener bei Sexualdelikten in Deutschland ist, die so etwas gebetsmühlenartig immer wieder behauptet haben und behaupten.



Foto: Rawfish/stock.adobe.com

PRÄVENTION UND INTEGRATION

Sexuelle Gewalt unter Minderjährigen

Bundesweit stieg die Zahl polizeilich registrierter Missbrauchsfälle von Kindern und Jugendlichen. Dem Bundeskriminalamt (BKA) zufolge war im Jahr 2019 jeder dritte Tatverdächtige selbst noch ein Kind oder Jugendlicher. Eine Analyse.

Rainer Becker Polizeidirektor a. D.

Markus Brocki Polizeihauptkommissar

Die Zahlen des BKA machen es deutlich: Der Anteil von Tatverdächtigen des sexuellen Missbrauchs von Kindern lag 2019 bei den unter 14-Jährigen bei 10,2 Prozent. Der Anteil tatverdächtiger Jugendlicher bei 21,2 Prozent. Delikte dieser Art spielen sich überwiegend im sozialen Nahbereich ab. Sie werden deutlich seltener angezeigt als Delikte durch Fremde. Wer also hat diese, in Kenntnis der Strafunmündigkeit der Tatverdächtigen, dennoch bei der Polizei gemeldet? Vieles spricht für ein immenses Dunkelfeld, das den Behörden bislang nicht bekannt wurde und wird. Neben der bestmöglichen Betreuung der Opfer muss der

Fokus auf die Möglichkeiten der frühestmöglichen und nachhaltigen Prävention gerichtet werden.

Sozialisation der Tatverdächtigen

Im Rahmen dieser Analyse stellte sich den Verfassern – einer von ihnen hat Migrationshintergrund – folgende Fragen: Ob oder inwiefern können kulturelle Besonderheiten in der Sozialisation der Tatverdächtigen eventuell eine Rolle spielen? Wo gibt es in der Entwicklung der sexuellen Identität von

Kindern und Jugendlichen Defizite, die zu Konflikten und Rechtsbrüchen geführt haben und führen? Wie kann dem am besten präventiv begegnet werden?

Sexueller Missbrauch von Kindern durch Kinder und Jugendliche

Nachfolgend wird als Beispiel das Delikt „Sexueller Missbrauch von Kindern“ gemäß Paragraf 176, Paragraf 176 a und Paragraf 176 b Strafgesetzbuch (StGB) gemäß der polizeilichen Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes nach dem Schlüssel 131000 aufgeführt. Bewusst begrenzen sich die Verfasser bei ihren Analysen und Bewertungen auf Tatverdächtige unter 14 und zwischen 14 und 18 Jahren. Zum einen wegen ihrer relativ hohen Tatbeteiligung laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) (31,4 Prozent in 2019), zum anderen, weil zumindest bei jüngeren Tatbeteiligten die Möglichkeiten einer präventiven Einflussnahme eher in Betracht kommen dürften als bei älteren.

83,1 Millionen Menschen lebten 2019 in Deutschland, darunter 21,2 Millionen mit Migrationshintergrund und 11,2 Millionen sogenannte Nichtdeutsche. Das heißt, dass annähernd jeder Dritte im Land kein Deutscher ist oder einen Migrationshintergrund hat.

2019 waren von insgesamt 9.632 (männlichen) Tatverdächtigen 7.950 deutsche, davon 759 unter 14 und 1.763 im Alter von 14 bis 18. Hier ist die Zusatzinformation die Gesamtzahl von 9.632 männlichen Tatverdächtigen, also das mathematische $n=9.632$. Im Verhältnis hierzu gab es beim selben Delikt 547 weibliche deutsche Tatverdächtige, davon 57 unter 14 und 93 im Alter von 14 bis 18 Jahren. Auf Grund der hier insgesamt niedrigen Zahlen (im Hellfeld) werden die weiblichen nichtdeutschen Tatverdächtigen bei den weiteren Ausführungen der Verfasser vernachlässigt.

Beispielhaft ausgewählt kamen bei den männlichen Tatverdächtigen 9 unter 14-Jährige und 29 14- bis 18-Jährige aus Bulgarien, 4/10 aus Italien, 3/12 aus dem Kosovo, 4/10 aus Serbien, 12/35 aus Afghanistan, 30/84 aus Syrien, 6/13 aus Polen, 17/20 aus Rumänien, 7/10 aus der Türkei und 10/26 aus dem Irak, alles relativ niedrige absolute Zahlen. Die Tatverdächtigenzahlen müssen natürlich im Verhältnis zu Ihrem Anteil an der Ge-

Der DP-Autor und ehemalige Polizeidirektor Rainer Becker

engagiert sich als Ehrenvorsitzender der Deutschen Kinderhilfe e. V. für den Schutz und die Rechte der Kinder.



Foto: Andreas Heitmann

samtbevölkerung und dem Grunde nach darüber hinaus zum jeweiligen Alterssegment betrachtet werden, da ansonsten kein valider Vergleich möglich ist.

Zum Erkennen einer grundsätzlichen Tendenz für abzuleitende Präventionsansätze dürfte es jedoch ausreichen, die Relation vereinfacht nur ins Verhältnis zum Anteil an der Gesamtbevölkerung zu setzen. So hatten 360.170 die bulgarische, 646.000 die italienische, 232.075 die kosovarische, 237.755 die serbische, 263.000 die afghanische, 789.000 die syrische, 863.000 die polnische, 748.000 die rumänische, 1.472.390 die türkische und 255.050 die irakische Staatsbürgerschaft. Dies bedeutet umgerechnet in die sogenannten Häufigkeitszahlen (das heißt nichtdeutsche Einwohner pro 100.000 Einwohner oder nichtdeutsche Tatverdächtige pro 100.000 Tatverdächtige):

Es fällt auf, dass gerade die Nationen, die nach dem zweiten Weltkrieg Deutschland wiederaufgebaut haben (Türkei, Italien, Polen), sogar seltener Täter aufweisen als sie in

Der DP-Autor und Polizeihauptkommissar Markus Brocki

arbeitet in der nordrhein-westfälischen Kreispolizeibehörde Herford. Schon während seiner Fachhochschulausbildung in Mecklenburg-Vorpommern lag dem gebürtigen Polen der Schutz von Kindern mit Migrationshintergrund besonders am Herzen.



Foto: privat

der Bevölkerung vertreten sind. Ein Indiz für eine gelungene Integration, die bereits seit einer Generation von statten geht.

Dagegen sind Tatverdächtige aus den Balkanländern nur geringfügig relevant. Die Täter aus Rumänien und Bulgarien als junge EU-Mitgliedsländer sind auffällig und die Täter der Flüchtlingsländer der jüngsten Geschichte (Afghanistan, Syrien, Irak) sind es signifikant. Bei den Letztgenannten können auch Kriegs- und Flucht- und Gewalterfahrungen in diesem Zusammenhang eine nicht zu verkennende Rolle spielen wie auch ihre Sozialisation in Bezug auf die Rolle von Frauen in ihrem bisherigen und höchstwahrscheinlich auch noch gegenwärtigen sozialen Umfeld.

Insgesamt sind Nichtdeutsche in diesen Altersgruppen lediglich vier Prozent häufiger vertreten. Von statistischer Signifikanz spricht man erst ab fünf Prozent. Insofern ist unser vorläufiges Fazit, dass die Sexualentwicklung nationenübergreifend bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und ihre strafrechtlich relevante Devianz grundsätzlich

gleichmäßig ausgeprägt sind. Schaut man dagegen die Nationen detaillierter an, so kann man bei einzelnen eine relative Häufung feststellen.

To-Do-Liste

Als Fazit der Analyse sollte die Präventions- und Integrationsarbeit in Bezug auf sexualisierte Gewalt durch Kinder und Jugendliche mit einer angemessenen Priorität bei der Arabisch und Paschtu sprechenden Bevölkerung in unserem Land ansetzen, an zweiter Stelle bei der Bevölkerung aus den jungen EU-Ländern Bulgarien und Rumänien, an dritter Stelle aus den Balkanstaaten. Für sie sollten neben Elternschulungen unter Einbindung von Sprachmittlern insbesondere auch Fortbildungen von Kita-Erzieherinnen und -Erziehern und Lehrkräften erfolgen, die über Sexualpädagogik hinaus besonders auf die anderen kulturellen Hintergründe der Kinder und Jugendlichen aus diesen Ländern und ihre nicht selten traumatischen Erfahrungen während kriegerischer Ereignisse oder auf der Flucht eingehen sollten. Dies natürlich nicht einmalig, sondern nachhaltig und begleitend. Und dort, wo es passt und altersgemäß möglich ist, sollte natürlich auch mit den Kindern und Jugendlichen selbst gearbeitet werden, auf keinen Fall aber, ohne ihre Eltern mit „abzuholen“. Zu diesem Zweck zu erstellendes Infomaterial müsste vorrangig in ihre Sprachen übersetzt werden. ■

ANZEIGEN

REISEMARKT

**www.
Polizeifeste.de**

**Alle
Polizeifeste
auf einen
Blick**

**SOMMER ALL IN ONE
PAUSCHALE**

1 Woche Halbpension & Silvrettacard **ab € 469,-**

KOSTENLOS INKLUSIVE
Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta, Wanderbus, geführte Wanderungen, MTB-Verleih, 4-Gang Abendmenü, Wellness mit Gartensauna, Tolles Programm für Kinder & Jugendliche vom TVB; Kinderermäßigung.

BADESEE MIT FREIZEITANLAGE

www.postsee.at info@postsee.at

POST HOTEL
★★★★
Familie Handle
A-6553 See, Au 164
T +43-5441-8219

**Action mit
wasser·c·raft in Tirol**

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 126,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

Im Gespräch



Foto: Frank May/dpa

KINDESMISSBRAUCH

Sexueller Missbrauch ist kein ethnisches oder religiöses Problem, sondern ein menschliches

Laut Bundeskriminalamt (BKA) war 2019 jeder dritte Tatverdächtige im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch Minderjähriger selbst ein Kind oder Jugendlicher. In diesem Gespräch geht es um Integration, (Ohn-)Macht und Sexualität. Sineb El Masrar hat für DP einen Blick auf und hinter die Zahlen des BKA geworfen.

Danica Bensmail

DP: Die Zahlen des BKA legen nahe, die kulturelle Sozialisation habe direkten Einfluss auf das Täterprofil. Wie passen diese Daten in Ihre Recherchen?

Sineb El Masrar: Die Zahlen des BKA decken sich mit meinen Recherchen – trauriger Weise. Und in diesem Zusammenhang muss man in jedem Fall auch über die kulturelle Sozialisation der Tatverdächtigen sprechen.

DP: ... und eine neue Rassismus-Debatte heraufbeschwören, mangels politischer Korrektheit?

El Masrar: Von derartigen Vorwürfen dürfen die deutschen Behörden sich nicht die Handlungsfähigkeit nehmen lassen. Die Zahlen haben einen wahren Kern. Das darf man nicht ignorieren. Nur, sie als Basis für verallgemeinernde Aussagen über ethnische Gruppen zu nutzen, ist falsch. Sexueller Missbrauch ist kein ethnisches oder religiöses Problem, sondern ein menschliches. Auch die Qualität der Integration einer ethnischen Gruppe ist kein valider Indikator, um zu determinieren, mit welcher Wahrscheinlichkeit diese Sexualstraftäter produ-

Sineb El Masrar

ist Publizistin. Die „Spiegel“-Bestseller-Autorin war langjähriges Mitglied der Deutschen Islam Konferenz (DIK) und beschäftigt sich unter anderem mit den Themen Rassismus, Sexualität und Medien. In ihrer publizistischen Arbeit widmet sie sich insbesondere der kritischen Auseinandersetzung mit dem Islam. Ihr aktuelles Sachbuch „Muslim Men: Wer sie sind, was sie wollen“, gewährt Lesern intime Einblicke in die diversen Lebenswelten muslimischer Männer. Ein Thema, das sie in ihrer ZDFInfo Dokumentation „Unter Beobachtung – muslimische Männer in Deutschland“ fortführte.

ziert. Wäre dem so, wie erklären Sie dann den weitverbreiteten sexuellen Missbrauch im gutsituierten deutschen Kontext? Nach wie vor ein höchst aktuelles Problemfeld.

DP: An welcher Stelle werden aus Kindern und Jugendlichen dann Sexualstraftäter?

El Masrar: Die eigene sexuelle Sozialisation ist an dieser Stelle entscheidend. Wie frei

können Kinder und Jugendliche sich sexuell entwickeln? Leben sie in einem sexuell repressiven Haushalt? Oder haben sie selbst Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt gemacht? All das trägt maßgeblich zur weiteren Entwicklung bei. Zudem fehlt bei der Betrachtung der Zahlen ein ganz wesentlicher Parameter.

DP: Welcher wäre das?

El Masrar: Der sozio-ökonomische Aspekt im Kontext von Macht. Mehrfach ausgegrenzte, erniedrigte und von Gewalt betroffene Gruppen wie Rumänen, Bulgaren oder geflüchtete Afghanen sind den Zahlen zufolge besonders auffällig. Um es drastisch zu formulieren: In unserem gesellschaftlichen Gefüge sind sie der ohnmächtige und lästige Bodensatz.

DP: Also produzieren Armut und kindliche Gewalterfahrungen Sexualstraftäter?

El Masrar: Bei sexuellem Missbrauch von Kindern spricht man leider auch von Ersatzhandlungen. Dieses individuelle Gefühl von generationsübergreifender Ohnmacht wird in Teilen versucht auszugleichen, durch... (überlegt). So hart das klingt, ein Druckablassventil. Für diese Gruppe sind das oft die schwächsten Wesen unserer Gesellschaft, schutzlose Kinder.

DP: Quantitative polizeiliche Erfahrungswerte verdeutlichen, dass Gewalt in der kulturellen Sozialisation, beispielsweise von Arabern, ein alltäglicher Bestandteil ist ...

El Masrar: (unterbricht) Ja, das stimmt. Diese alltägliche Gewalt ist leider noch immer weit verbreitet. Oft heißt es: Ich wurde auch geschlagen, und es hat mir nicht geschadet. Auch hier wird deutlich, wie Ohnmacht in vermeintliche Macht umschlägt. Unterm Strich sage ich, Menschen, die in einem gewaltfreien Umfeld aufwachsen und ihre Sexualität gesund entwickeln können, werden sie in den Zahlen des BKA logischerweise nicht finden. Aber auch diese Positivbeispiele gibt es in den dort genannten ethnischen Gruppen. Für die Ermittlungsarbeit der Beamtinnen und Beamten ist ein Blick hinter die Zahlen unerlässlich, um ein klares Bild der Täter zeichnen zu können.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

„Mir ist egal, was jemand für Haare auf dem Kopf hat. Entscheidend ist, was er im Kopf hat.“



KLAUS HÜBNER: EIN NACHRUF

Im Einsatz für andere

„Eine Straßenschlacht, die die Polizei gewinnt, hat die Demokratie verloren.“ Es sind solche Sätze, die einen Menschen am Leben halten, auch wenn er von uns gegangen ist. Solche Sätze, die die Zeit überdauern und dafür sorgen, dass Menschen wie Klaus Hübner in unserer Erinnerung blieben. Ende Januar ist der frühere Polizeipräsident Berlins und ein Gründungsmitglied unserer Gewerkschaft der Polizei im Alter von 96 Jahren verstorben. Er hinterlässt eine Frau, drei Kinder und jede Menge Weggefährten.

Burkhard von Walsleben

Ehrenvorsitzender der GdP Berlin

Die Gewerkschaft der Polizei trauert um einen vorbildlichen und stets geradlinigen Mann, der einerseits in der GdP und auch als Berliner Polizeipräsident von 1969 bis 1987 große Fußstapfen hinterlassen hat. Er hat die Berliner Polizei wie kein anderer reformiert und demokratisiert.

Geboren 1924 im „Roten Wedding“ wächst er nach dem frühen Tod seines Vaters als Schlüsselkind seiner alleinstehenden Mutter auf. Es ist eine umtriebige Zeit, in der die Weltwirtschaftskrise auch im Berlin der 1920er-Jahre ihre Auswirkungen zeigt. Nach Lehrjahren und Tätigkeit als Versicherungskaufmann durchläuft er eine Pilotenausbildung und kommt bei der Luftwaffe zum Einsatz. Nach Kriegsende arbeitet Klaus Hübner als Bau- und Transportarbeiter, ehe er 1949 zur West-Berliner Polizei geht. Er leistet Posten- und Streifendienst in seinem Weddinger Kiez und gerät schon hier immer wieder mit „kommissköpfigen“ Vorgesetzten aneinander, weil sie „Untergebene“ schlecht behandeln.

Klaus Hübner ist einer, der sich früh für andere einsetzt. Folgerichtig agiert er ab 1951 als Betriebsrat und hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär in der GdP. Für diese zieht es ihn zwei Jahre später nach Düsseldorf, wo er als erster Bundesgeschäftsführer auch unsere Gewerkschaft auf Jahre prägen sollte. Fast zeitgleich erfolgt der Eintritt in die SPD. Es passt zu seiner Geradlinigkeit, dass er die Partei 2002 verlässt, als diese in Berlin in eine Koalition mit den Linken geht. Hübner – Ein Mann, des Austauschs, aber einer mit klaren Prinzipien.

In der Düsseldorfer Zeit tritt Waltraud in sein Leben. 1958 heiratet er in zweiter Ehe die damals 19-Jährige. Sie wird ihm bei allen Ämtern, die er bekleidet, den „häuslichen Rücken freihalten“ und die Berliner Polizei anlässlich gesellschaftlicher Anlässe stets mitrepräsentieren, bis zu seinem Tod nicht von seiner Seite weichen. Bevor es die Hübners zurück nach Berlin treibt, zieht er im Mai 1965 in den Bundestag ein, macht sich dort im Innenausschuss einen Namen. In diese Zeit fällt seine wohl legendärste Rede. Am 9. Mai 1968 spricht der Gewerkschafter auf dem GdP-Delegiertentag. Er redet unter dem Titel „Gesellschaft in Bewegung“ über die Situation und die Erfordernisse der Zeit derart beeindruckend, dass der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt die Rede vervielfältigen lässt. Zu Beginn 1969 legt er sein Mandat nieder und wird in Berlin auf Vorschlag von Innensenator Kurt Neubauer durch das Abgeordnetenhaus zum Polizeipräsidenten gewählt.

Er übernimmt eine Polizei, die vielfach noch in militärischen Strukturen verkrustet, und nimmt die Mitarbeitenden in die Verantwortung. Nach dem Prinzip „Abschöpfung der Gewalt durch Gespräche“ unterzieht er die West-Berliner Polizei von 1974-1976 einer Polizeireform, die Althergebrachtes durch innovative Ansätze auf den Kopf stellt und den Grundstein für unsere heutige bürgerfreundliche Hauptstadtpolizei legt. Es ist auch sein Verdienst, dass Eskalationen zwischen Demonstranten und Polizei weitgehend abgebaut wurden, auch wenn die Berliner Linie erst Jahrzehnte spä-

ter so richtig zur Geltung kommen sollte. Es zeugt von Größe, dass er 1987 selbst auf seine Abwahl durch das Abgeordnetenhaus pochte, weil das Verhältnis zum damaligen Innensenator zu stark lädiert war.

Bis dahin aber hinterließ er große Spuren, von denen wir noch heute zehren. Hübner formt aus den einzelnen Polizeirevieren insgesamt 31 Polizeiabschnitte in fünf örtlichen Direktionen, definierte 756 Kontaktbereiche mit zu Fuß streifenden Beamten als Ansprechpartner und schließt Schutz- und Kriminalpolizei unter einheitlicher Führung zusammen. Er zentralisiert die Ausbildung und schuf die zweigeteilte Laufbahn bei der Kripo und ermöglicht dienstälteren Schupos den Aufstieg in den gehobenen Dienst. Zudem dreht er ein paar Stellschrauben in Sachen Gleichberechtigung. Frauen konnten sich fortan für alle K-Dienstzweige bewerben und in der Schutzpolizei, zunächst als Politessen, später vollständig eingestellt werden.

Persönlich durfte ich ihn als junger Landesvorsitzender als meinen ersten Verhandlungspartner kennen- und schätzen lernen. Klaus Hübner war in der Sache stets fair, aber hart. Einen Bonus als GdP-Vorsitzender hatte ich trotz gewerkschaftlicher Verbundenheit nie. Das Du bot er mir erst als Pensionär auf einer privaten Feier an. Seine liberale Auslegung des bestehenden Haarerlasses fasst aber gut zusammen, was Klaus Hübner für ein Mensch war – Ein führungsstarker Polizeipräsident, ein engagierter Gewerkschafter und ein herausragendes Vorbild für uns alle. ■

ORDNUNGSWIDRIGKEITENRECHT

für Polizei, Ordnungsbehörden und Verwaltung

Von **Manfred Pfaff**.



1. Auflage 2021

Umfang: 192 Seiten

Format: Broschur, 13 x 19 cm

Preis: 20,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0893-9

Komprimiert und auf die wesentlichen Aspekte ausgerichtet, behandelt dieses Lehrbuch das Ordnungswidrigkeitenrecht, wie es in den Studiengängen für den Polizeivollzugsdienst und für den Verwaltungsdienst gelehrt wird. Bei dem Aufbau und den Inhalten des Buches orientiert sich der Autor dabei am Curriculum der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW.

Neben einer allgemeinen Einführung mit Hintergründen zur Entstehung des Ordnungswidrigkeitenrechts in Deutschland erläutert er zu Beginn die allgemeinen Vorschriften des OWiG. An zahlreichen Beispielen beschreibt er anschließend das Bußgeldverfahren und stellt die Anwendbarkeit insbesondere einiger Vorschriften aus der StPO für das Ermittlungsverfahren dar. Abgerundet wird das Werk mit Ausführungen zur Vollstreckung von Bußgeldbescheiden und der Möglichkeit zur Einlegung von Rechtsmitteln.

Damit erleichtert dieses Buch den Studierenden die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts und ist durch Prüfschemata, Beispielfälle und einem umfangreichen Fragenkatalog eine wertvolle Hilfe zur Klausurvorbereitung. Im Berufsalltag ist es darüber hinaus insbesondere durch die enthaltenen Musterschriftsätze ein nützlicher Ratgeber.



DER AUTOR

Dr. Manfred Pfaff ist Lehrbeauftragter für Eingriffsrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW, Studienort Bielefeld.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Hingeschaut



Hier online für 2021 bewerben:

www.bund-verlag.de/personalrat/deutscher-personalraete-preis/bewerbung

DEUTSCHER PERSONALRÄTE-PREIS 2021

Startschuss zum Bewerbungsverfahren

Noch bis Ende Mai läuft die Bewerbungsfrist für den Deutschen Personalräte-Preis 2021. Ausgezeichnet werden praktische Beispiele erfolgreicher Personalratsarbeit.

Der Deutsche Personalräte-Preis 2021 steht unter dem Motto „Initiativen für Beschäftigte“. Denn: Personalräte können selbst die Initiative ergreifen, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, deren Arbeitsumfeld oder die sozialen Rahmenbedingungen zu verbessern. Eingereicht werden können (auch mehrere) Projekte und Initiativen aus den Jahren 2019 bis 2021.

Seit 2010 würdigt der „Deutsche Personalräte-Preis“ Projekte der Personalratsarbeit. Personalräte sollen damit motiviert werden, sich kreativ und gestaltend für die Verbesserung von Arbeits- und sozialen Rahmenbedingungen einzusetzen. Der Preis lenkt die Aufmerksamkeit auf beispielhafte Projekte und Initiativen in der Personalvertretung. Die Auszeichnung wird in Gold, Silber und Bronze verliehen. Sonderpreise werden für Jugend- und Auszubildenden- sowie Schwerbehindertenvertretungen verliehen.



Also: Teilnahmebogen online ausfüllen oder herunterladen und zusammen mit eventuell weiteren Unterlagen bitte per E-Mail, Briefpost oder Telefax einsenden an:

Bund-Verlag GmbH
Deutscher Personalräte-Preis
Emil-von-Behring-Straße 14
60439 Frankfurt am Main
Telefax: 069 / 79 50 10 18
E-Mail: kontakt@dprp.de

Einsendeschluss ist der 30. Mai. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. ■

Eure Meinung

ZU:

„Das Ding ist doch nicht echt ...“, DP 2/21

Wir fanden den Bericht sehr Informativ und aufschlussreich. Wir, das heißt meine Streifenpartnerin und ich, haben uns auf HU und Zulassungstempel sowie Kennzeichen etwas spezialisiert. Wir haben allerdings festgestellt, dass die HU-Plaketten von verschiedenen Herstellern angeboten werden. Insbesondere bei der Farbe Ziegelrot sind Farbnuancierungen von fast rosa über orange bis dunkelbraun im Verkehr. Wir haben schon oft Fahrzeuge angehalten, bei denen wir dachten, es wäre eine orangefarbene Plakette, die dann aber eine Ziegelrote aus 2022 war. Da sollten den Herstellern der Plaketten bessere Auflagen gemacht werden, sodass bei Verfärbungen oder falscher Farbe die Plaketten nicht angenommen werden.

Andreas Schnatz, Bürstadt

ZU:

„Das Ding ist doch nicht echt ...“, DP 2/21

Der Artikel ist prima geschrieben und drückt genau das aus, was mir seit Jahren unter den Nägeln brennt.

Dr. Stefan Kunze, Erfurt

ZU:

Lesermeinung des Kollegen Böhle, DP 2/21

Die Gleichsetzung der weiblichen Endung „-in“ bei einer Berufsbezeichnung mit Verstümmelung und Vergewaltigung schockiert mich aufs Äußerste. Es mag einige ewig gestrige geistige Brandstifter überraschen, aber auch die Dienstgrade in der Polizei haben eine männliche und eine weibliche Form. Wer allen Ernstes glaubt, dass Sprache unveränderlich bleiben müsse (und gleichzeitig Anglizismen wie „Gendern“ verwendet), der offenbart eine erschreckende Geisteshaltung.

Solange wir derartige Personen in unseren Reihen dulden, müssen wir Kritik von außen über Sexismus in der Polizei ertragen. Nein, hier wird niemand verstümmelt, sondern es wird verdeutlicht, dass es nicht nur männliche Soldat*innen gibt. Nein, hier wird niemand vergewaltigt – wie privilegiert und weltfremd muss man sein, um ei-

Helmut Conradt

Träger des Bundesverdienstkreuzes

* 26. Januar 1944
† 17. Januar 2021



Eine starke Stimme für die Belange der Polizei ist für immer verstummt.

Helmut Conradt hat über Jahrzehnte die Gewerkschaft der Polizei auf allen Ebenen geprägt.

Was bleibt, sind seine Zuversicht und das Vertrauen in die Kraft der Argumente.

Wir nehmen in Trauer und Dankbarkeit Abschied vom Ehrenvorsitzenden des GdP-Landesbezirks Rheinland-Pfalz und sagen es mit seinen Worten:

„Wir stehen auf Deinen Schultern.“

Sabrina Kunz

Gewerkschaft des Polizei
Landesvorsitzende

Oliver Malchow

Gewerkschaft des Polizei
Bundesvorsitzender



Kontakt zur Redaktion

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DP – DEUTSCHE POLIZEI
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-113
gdp-pressestelle@gdp.de

nen solchen Vergleich überhaupt zu wagen? Ich schäme mich!

Als aktive Gewerkschafter*innen müssen wir diesen Tendenzen laut und deutlich widersprechen, denn jedes Schweigen wird von solchen Menschen als Zustimmung gewertet.

Nach Paragraph 2 (2) unserer Satzung ist „die Vertretung der Interessen von Frauen mit dem Ziel der Verwirklichung der Geschlechterdemokratie und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen im Beruf, in der Gewerkschaft und in der Gesellschaft“ politische Aufgabe der GdP. Wessen Einstellung diesen Grundsätzen widerspricht, sollte – nein muss – unsere Gewerkschaft verlassen!

Philipp Mantke, Bad Nenndorf

ZU:

Lesermeinung des Kollegen Böhle, DP 2/21

Ich möchte an dieser Stelle Herrn Böhle klar widersprechen. Einen sogenannten „Gender-Virus“ gibt es nicht, was soll das überhaupt sein? Sprache wandelt sich und ist nichts, was in Stein gemeißelt ist. Und weil Sprache sich verändert, ist gerade das die Chance, die gedanklich noch immer ausgeklammerten Frauen zu inkludieren. Wer erwartet schon hinter der Bezeichnung „Hauptmann“ eine Frau? Welchen persönlichen Nachteil haben Sie davon, wenn die BootsFRAU Bootsfrau genannt wird und nicht Bootsmann? Ich möchte behaupten, keinen.

Vanessa Schriever, Oldenburg

ZU:

Lesermeinung des Kollegen Böhle, DP 2/21

So, so, Herr Böhle, die Gleichstellung von Frau und Mann in unserem „schönen Deutschland“ ist also Ihrer Meinung nach „Unfug“.

Gleichstellung, Gleichberechtigung und Chancengleichheit zeigen sich sehr different, unter anderem auch durch Sprache. Wenn Frauen aufgrund des Generischen Maskulinums immer nur mitgedacht werden, anstatt sie zu benennen, dann hat das fatale Auswirkungen. Es ist nicht nur eine systematische Ausblendung des weiblichen Geschlechts, sondern struktureller Sexismus. Das ist mittlerweile auch wissenschaftlich bewiesen.

Und selbst, wenn es nicht so wäre, haben wir Frauen ein Recht darauf, nicht in der männlichen Sprache angesprochen zu werden. Ich bin Deutsche und nicht Deutscher, ich bin Beamtin und kein Beamter, und ich bin Wissenschaftlerin und kein Wissenschaftler.

Herr Böhle, Sprache schafft Bewusstsein! Leider scheint das bei Ihnen noch nicht angekommen zu sein. Ihr „schönes Deutschland“ kann nur davon profitieren, wenn die Frauen sich dagegen wehren. Und ich kann nur hoffen, dass viele es tun und dabei von vielen Männern unterstützt werden. Vielleicht haben Sie ja eine Enkeltochter, ihr würde das nutzen.

Dr. Heike Jung, Ingelheim

ZU:

„Es geht nicht vorwärts“, DP 1/21

Mir fällt auf, dass die Frage „Warum neigen Arbeiter stärker als früher zum Rechtspopulismus?“ an einen Akademiker gestellt wird. Warum fragt man nicht die Arbeiter selbst? Gewerkschaften sollten eigentlich einen engen Kontakt zu den Arbeitern haben. So wird über die Arbeiter gesprochen statt mit ihnen. So sagte Prof. Dörre, vor allem Grüne und Feministinnen seien den Arbeitern verhasst. Warum ist das so? „Die herrschenden Ideen einer Zeit sind stets nur die Ideen der herrschenden Klasse“ wusste schon Karl Marx. Arbeiter gehören in Deutschland nicht zur herrschenden Klasse.

„Arbeiter wird man nur, wenn man muss, wer kann, studiert oder geht ins Büro.“ Wie kommt das, obwohl in Bund und Ländern die meisten Jahre die Arbeiterpartei SPD sowie die Linkspartei an der Regierung beteiligt waren? In der DDR waren Werktätige geachtet. Die meisten Schulabgänger machten eine Berufsausbildung und erwarben einen Facharbeiterbrief, das war ein ganz normaler Lebensentwurf.

Weiter heißt es, mit dem Umbau der Braunkohlenregionen halte erneut Unsicherheit Einzug in die Belegschaften. Diesen Arbeitern müsse man sagen: Den Tagebau fortzusetzen, nimmt im schlimmsten Fall den Kindern eine lebenswerte Zukunft. Unterschwellig bedeutet das, die Arbeiter hätten die großen Probleme unserer Zeit nicht verstanden. Was sagt man dem Arbeiter, der durch Leiharbeiter ersetzt oder des-

sen Arbeitsplatz ins Ausland verlagert wird? Hat der auch die großen Probleme unserer Zeit nicht verstanden? Für den Arbeiter bedeutet der Ausstieg aus der Braunkohle den Gang ins Jobcenter, geringere Rente und für die Kinder keine Aussicht auf eine berufliche Zukunft. Für Beamte oder Akademiker mit Pensionsanspruch bedeutet der Ausstieg aus der Braunkohle gar nichts.

Schließlich wird noch „als kulturelles Phänomen die Deutungshoheit importierter Eliten“ erwähnt. Herr Prof. Dörre ist selbst Teil davon: Er kam 2005 aus dem Westen an die Uni Jena. Für einen Ostdeutschen ist auch eine akademische Laufbahn schwierig, sogar im eigenen Bundesland.

Alexander Kocourek, Potsdam

Verbindliche Beitragslänge

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Seiten gehören euch. Wir freuen uns, hier von euch zu lesen: ob Lob, Kritik oder einfach nur so.

Immer KURZ & KNACKIG auf den Punkt. In Zahlen bedeutet das: 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) oder weniger.

Wir behalten uns daher vor, Einsendungen zu kürzen.

Je vielfältiger wir eure Meinung veröffentlichten können, desto besser.

Eure DP-Redaktion



In der Kürze liegt die Würze.

Gesehen

DOKUMENTARFILM

Die Wache

In ihrem Dokumentarfilm „DIE WACHE“ hat Regisseurin Eva Wolf die Dienstgruppen „Emil“ und „Anton“ einer Münsteraner Polizeidienststelle über Wochen bei ihren Einsatzfahrten durch die Stadt begleitet. Drei Fragen an die Regisseurin.

Danica Bensmail

DP: Was ist Ihre filmische Idee hinter „DIE WACHE“?

Eva Wolf: „DIE WACHE“ ist ein beobachtender Dokumentarfilm. Ich wollte den Alltag der Polizei so authentisch wie möglich zeigen. Der Film ist aus den Situationen entstanden, die wir auf den Streifenfahrten und in der Wache miterlebt haben. Im Fokus stehen die Beamten und nicht die Einsätze. Es werden die emotionalen und seelischen Herausforderungen, mit denen Polizisten bei ihrer täglichen Arbeit im Wach- und Wechseldienst konfrontiert sind, gezeigt.

DP: Was hat Sie besonders beeindruckt?

Wolf: Die Vielfältigkeit der Aufgaben: Die Polizisten werden mit den unterschiedlichsten Situationen konfrontiert und müssen im-

mer eine verhältnismäßige Reaktion für das Geschehen finden. Das kann von einer einfachen Ermahnung bis zum tödlichen Schusswaffengebrauch alles sein. Und jede Situation kann jederzeit eskalieren.

DP: Würden Sie den Polizeiberuf empfehlen?

Wolf: Unbedingt – vor allem für selbstdenkende, kritische Menschen, denn diese brauchen wir als unsere Polizisten. Die Dienstgruppen, die ich begleitet habe, waren sehr gemischte Gruppen. Ich persönlich denke: Je mehr die Polizei, was Gender, sexuelle Orientierung und kulturelle und religiöse Hintergründe angeht, unserer Gesellschaft entspricht, desto besser.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.



Foto: Lemme Film

Regisseurin
Eva Wolf



„DIE WACHE“ erschien am 25. Februar bei Kino on Demand und kann hier abgerufen werden: <https://www.kino-on-demand.com/movies/die-wache>. Gegen eine Lizenzgebühr kann die Doku für Gruppen gemietet werden – wahlweise für ein Online-Screening mit anschließender Diskussion, an der sich auf Wunsch gern die Regisseurin Eva Wolf beteiligen kann, oder zu einem späteren Zeitpunkt auch als geschlossene Veranstaltung in einem Kino nach Wahl. Nähere Informationen gibt es unter: (040) 43197 137 oder inka.milke@im-film.de.



Foto: Lemme Film

DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 3 | 70. Jahrgang 2021
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Wolfgang Schönwald (wsd), Ständiger Vertreter
Danica Bensmail (dab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

karadesign

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – Deutsche Polizei veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 44 vom 1. Januar 2021.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkteils in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

191.659 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

STEUERERKLÄRUNG FÜR POLIZEIBESCHÄFTIGTE

Für das Steuerjahr 2020

Von **Sven Gareiß**.



2. Auflage 2020

Umfang: 256 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 21 cm

Preis: 12,50 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0884-7

Gerade der Polizeiberuf bringt eine Vielzahl von Besonderheiten mit sich, die auch für die jährliche Steuererklärung von Bedeutung sind. Dieser Ratgeber verschafft Polizeibediensteten einen tiefgreifenden Überblick, was sie steuerlich geltend machen können und hilft ihnen dabei, diese Ansprüche gegenüber dem Finanzamt durchzusetzen.

Der Aufbau und die Darstellung dieser Neuauflage wurden vom Autor umfassend an die Änderungen der Steuerklärungsvordrucke 2020 und an die Umstellung der Steuerklärungssoftware (ELSTER) auf einen reinen Online-Betrieb angepasst. Hierbei führt der Autor den Leser zudem detailliert durch den Registrierungsprozess und die Kontoerstellung für „MEIN ELSTER“.

Weiterhin enthält das Buch jetzt ein eigenes Kapitel zum Thema Covid-19 mit Hinweisen dazu, wie die durch Corona verursachten Aufwendungen (z.B. Home-Office) steuerliche Berücksichtigung finden können.

Auch in dieser Neuauflage begleitet der Autor den Leser Schritt für Schritt von der Erstellung der Steuererklärung bis hin zu einem möglichen Einspruchsverfahren gegen den erfolgten Steuerbescheid. Einen strukturierten Überblick über die Materie erhalten die Nutzer durch die durchgängig genutzten Symbole („Hinweis“, „Merke“, „Achtung“, „Rechtsquelle“), die zudem das Verständnis für das Thema wesentlich erleichtern. Gleiches gilt für die zahlreichen Berechnungsbeispiele wie auch Musterfälle, die der Autor mit einbringt.



DER AUTOR

Sven Gareiß, Dipl.-Fin. (FH); Steueramtmann, ist als hauptamtlicher Dozent an der Norddeutschen Akademie für Finanzen und Steuerrecht Hamburg tätig.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

MACH JEDE ZEIT ZU DEINER ZEIT

Armbanduhr „Challenge“

Metallgehäuse glänzend mit IP-Beschichtung. Silikon-Sportarmband mit Edelstahl-Dornschnelle, gehärtetes Mineralglas. Markenuhrwerk Miyota (by CITIZEN). Wasserdicht bis 3 bar (spritzwassergeschützt). 5 Jahre Garantie.*
Ø 4,1 cm / Abb. 1:1.

150990

☀ 31,95 € 39,95 €



Armbanduhr „Integrale Titan“

Superflaches Metallgehäuse matt, mit IP-Beschichtung. Echtlederarmband aus feinstem Rindsleder, mit Edelstahl-Dornschnelle, gehärtetes Mineralglas. Markenuhrwerk Miyota (by CITIZEN). Wasserdicht bis 3 bar (spritzwassergeschützt). 5 Jahre Garantie.*
Ø 3,6 cm / Abb. 1:1.

150991

☀ 31,95 € 39,95 €



Armbanduhr „Vectory Classic“

Metallgehäuse glänzend mit IP-Beschichtung. Echtlederarmband aus feinstem Rindsleder mit Edelstahl-Dornschnelle. Gehärtetes Mineralglas, Zeiger und Stundenindex fluoreszierend, Markenuhrwerk Miyota (by CITIZEN) mit Wochentag- und Datumsanzeige. Wasserdicht bis 3 bar (spritzwassergeschützt). 5 Jahre Garantie.*
Ø 4,3 cm / Abb. 1:1.

150993

☀ 59,95 € 74,95 €



Chronograph „Selection“

Chronograph mit Metallgehäuse, glänzend mit IP-Beschichtung. Echtlederarmband aus feinstem Rindsleder mit Edelstahl-Dornschnelle, gehärtetes Mineralglas. Markenuhrwerk Miyota (by CITIZEN) mit Datumsfunktion. Wasserdicht bis 3 bar (spritzwassergeschützt). 5 Jahre Garantie.*
Ø 4,3 cm / Abb. 1:1.

150992

☀ 33,95 € 42,95 €



Fitnessstracker „Pro“

Trainingscomputer und Fitnessuhr mit vielen Funktionen. 24h Herzmonitor, Blutsauerstoffmessung und Blutdruckmonitor, individueller Sportartenselektor, Top App. Trainingseinheiten überprüfen via App (kostenfrei), Qualitäts-Lithium-Polymer-Akku. Nutzung 5 Tage, Standby 10 Tage, IPX 6/7. USB-Kabel. Ausführliche Anleitung. Spritzwassergeschützt. Kunststoff/Metall.
3 x 4 x 1 cm / Abb. 1:1.

150994

☀ 33,35 € 41,70 €

* Garantie nicht auf Batterien, Armbänder, Verschlüsse und Glas.



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 4,95 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de